

LANDTAG INTERN

Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen · Ausgabe 1 · 41. Jahrgang · 14. Wahlperiode · 20.1.2010

Bremse

Ohne Kredite soll zukünftig der Haushalt ausgeglichen werden, fordern CDU und FDP und wollen eine „Schuldenbremse“ in der Verfassung verankern. Negative Folgen befürchtet die Opposition.

S. 5 Beitrag

Der „Ost-Soli“ müsse zum „Bildungs-Soli“ werden, meinen die Grünen und schlagen vor, über diesen Weg mehr Geld in Schulen und Hochschulen zu lenken. Für problematisch halten dies CDU und FDP.

S. 6 Bühne

Vorhang auf für die Kulturhauptstadt: Die Ruhrmetropole präsentiert sich 2010 als Kreativ-Kapitale auf europäischem Parkett. Der Landtag NRW hat die Vorbereitungen von Beginn an begleitet.

S. 9-11

Bildung

Nachbesserungen im Kinderbildungsgesetz fordert die SPD, besonders mit Blick auf die Lernbedürfnisse von Kindern mit Behinderungen. Im Familienausschuss bezogen Sachverständige Stellung.

S. 15



Europas Glanzlicht

Das Ruhrgebiet ist Kulturhauptstadt 2010

Foto: Ruhr.2010

Klischee, ade!

Rauchende Schloten und ratternde Fördertürme – das Ruhrgebiet, wie es einmal war. Doch längst hat sich dort ein Wandel vollzogen, der seinesgleichen in Europa sucht. Die Relikte des Bergbaus sind vielerorts zu Bühnen für Kunst und Kultur geworden. Einstige Industriebrachen bieten Raum für innovative Wirtschaftsbranchen. Und kreative Köpfe haben den unverwechselbaren Charakter des Ruhrgebiets als Inspiration für ihre kulturellen Projekte entdeckt.

Das Jahr der Europäischen Kulturhauptstadt 2010 markiert den vorläufigen Höhepunkt dieser Entwicklung vom industriellen zum kulturellen Schmelztiegel. Gemeinsam mit der ungarischen Stadt Pécs und Istanbul steht das Ruhrgebiet zwölf Monate lang im Rampenlicht der europäischen Kulturszene. Was die über 5,3 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner im Ruhrgebiet schon lange wissen, das sollen nun auch möglichst viele Menschen aus allen Regionen Europas hautnah erfahren und erleben können: Das Ruhrgebiet ist bunt, nicht grau.

DAS RUHRGEBIET 2010: „EINE METROPOLE IM WERDEN“

Manch ein Beobachter mag sich verwundert die Augen gerieben haben, als das Ruhrgebiet das Rennen um den Titel der Kulturhauptstadt für sich entscheiden konnte. Kultur an der Ruhr? Passt das zusammen? – Es passt,

und wie! Denn die gesellschaftliche Vielfalt im Revier und die Bereitschaft der dort lebenden Menschen, ihre Region stets neu zu erfinden, bilden die beste Grundlage, auf der eine einzigartige Kunst- und Kulturlandschaft gedeihen konnte.

Umso mehr ist das Jahr der Europäischen Kulturlandschaft eine Chance für das Ruhrgebiet, mit alten Vorstellungen in den Köpfen aufzuräumen und Europa zu zeigen: Bei uns bleibt alles anders! Klischee, ade!

Mit dem Titel der Kulturhauptstadt kann sich das Ruhrgebiet nun offiziell in eine Reihe mit Metropolen wie Athen, Paris und Prag stellen. Eine Metropole im „klassischen“ Sinne ist es dennoch nicht, vielmehr eine „Metropole im Werden“, wie es die Organisatoren der Kulturhauptstadt betonen. Der Ballungsraum im Herzen Europas hat in den vergangenen Jahrzehnten ganz eigene und einzigartige Formen des städtischen Zusammenlebens über Stadtgrenzen hinweg hervorgebracht, die es in den kommenden Jahren fortzuentwickeln gilt.

Kunst und Kultur waren, sind und bleiben ein bedeutender Antrieb des Strukturwandels im Ruhrgebiet. Dieser Konsens bestimmt auch die Kulturpolitik im Landtag Nordrhein-Westfalen. Die Akteure im Landesparlament haben die Vorbereitungen auf die Kulturhauptstadt aktiv und engagiert begleitet (Bericht auf Seite 9). Nun endlich ist es soweit: Das Ruhrgebiet präsentiert sich auf europäischer Bühne. In diesem Sinne: Vorhang auf!

SW



Schwerpunkt: Kulturhauptstadt 2010

Unterstützung für Kultur an der Ruhr 9

Schlag auf Schlag 10-11

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die VVA Kommunikation GmbH · Abo- und Leserservice · Postfach 105153 · 40042 Düsseldorf · Sabrina Gebhard · Telefon: (0211) 7357-155 · Fax: (0211) 7357-891 · E-Mail: leserservice@vva.de

Vielen Dank! Ihre Landtag Intern-Redaktion

Inhalt

Aus dem Plenum:

Justiz: Ministerin unter Beschuss	3
Infrastruktur: Landpartie	4
Finanzen: Tritt auf die Schuldenbremse	5
Bildung: Wer soll es bezahlen?	6
Hochschulen: Beiträge zum Studium	7
Theater: In Szene gesetzt	8

Aus den Ausschüssen:

Entsorgung: Wie die Müllbeseitigung regeln?	13
Meldungen	14
Soziales: Bildung soll früher ansetzen	15
Gesetzgebung	12
Aus den Fraktionen	16-17
Buchtipp: Kumpel und Kohle	18
Porträt: Reiner Priggen, Grüne	19
Impressum	19
Termine	20



Thomas Kutschaty (SPD) am Rednerpult und Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU) in der Debatte
Fotos: Schälte

Ministerin unter Beschuss

Kontroverse Debatte nach dem Gefängnisausbruch im November

16. Dezember 2009 – Der Ausbruch zweier Schwerverbrecher aus der Justizvollzugsanstalt Aachen im November des letzten Jahres hat eine parlamentarische Auseinandersetzung im Plenum nach sich gezogen. Auf Antrag von SPD und Grünen diskutierten die Abgeordneten über das konkrete Ereignis und über die Situation in Justiz und Vollzug in NRW. Die Opposition warf Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter vor, dem Ansehen der Justiz im Land zu schaden, und forderte sie zum Rücktritt auf. CDU und FDP hielten die Debatte für politisch motiviert und verwiesen auf eine Justizpolitik, die erfolgreicher sei als unter Rot-Grün.

Die Ministerin habe nur „schiebenweise“ das Nötigste zugegeben und damit das Vertrauen in den Strafvollzug gefährdet, urteilte **Thomas Kutschaty** (SPD). Er kritisierte die Entscheidung der Ministerin vom Mai 2008, die Gefängnisporte mit nur noch einer Person zu besetzen – in diesem Fall dem mutmaßlichen Fluchthelfer. Kutschaty fragte, warum sie zudem die ernsthaften Warnungen aus der JVA Aachen zur Personalsituation nicht ernst genommen habe. Außerdem habe es Warnungen bezüglich des Fluchthelfers gegeben, dessen enger Kontakt zu den beiden Ausbrechern bekannt gewesen sei. Die Ministerin habe ein erhebliches Sicherheitsrisiko in Kauf genommen. „Machen Sie Platz, damit andere die Sache aufklären können!“, forderte er die Ministerin auf.

Auch **Monika Düker** (Grüne) bezweifelte, dass die Fluchthilfe seitens des Beamten nicht vorhersehbar gewesen sei, und fragte die Ministerin: „Warum haben Sie nichts unternommen?“ Das Ziel, den Drogenhandel zu bekämpfen, habe die Justizministerin über die Sicherheitsinteressen gestellt. Zudem offenbare sie eine „unsägliche Unsensibilität“, „indem Sie diejenigen mundtot machen wollen, die die offenkundigen Missstände im Vollzug anprangern“: die Beschäftigten.

Diesen sei der Zugang über das justizinterne Intranet zum dort einzigen Nachrichtenportal wdr.de gesperrt worden, wo über das Thema berichtet worden sei und zahlreiche Beschäftigte Kommentare hinterlassen hätten. Mit einer „chinesischen Lösung“ mache die Justizministerin es nur noch schlimmer, sagte die Grüne.

Als Skandalisierung bezeichnete **Harald Giebels** (CDU) die Vorwürfe der Opposition. Im Rechtsausschuss seien die Fakten bereits herausgearbeitet worden. Außerdem hätten die Vorgängerre-

gierungen erheblich mehr Gefängnisausbrüche zu verantworten: Zwischen 1990 und 1999 habe es in Nordrhein-Westfalen 242 Ausbrüche gegeben, zwischen 2000 und 2005 seien 36 Personen ausgebrochen. Für die Zeit von 2006 bis 2009 hingegen zählte er nur fünf Ausbrüche. Fakt sei zudem, dass die Vorgängerregierung massiv Personal in den Vollzugsanstalten reduziert habe. „Wir haben 500 Stellen neu geschaffen“, stellte er dem gegenüber. „Sie werden es nicht schaffen, das Klima so zu verseuchen, dass man Fakten nicht mehr zur Kenntnis nimmt“, rief Giebels der Opposition von SPD und Grünen zu.

Auch **Dr. Robert Orth** (FDP) verwies auf die Bilanz der Vorgängerregierung, unter der es wesentlich mehr Ausbrüche, Selbstmorde und Entweichungen gegeben habe. Zudem seien flüchtige Häftlinge oft nie wieder gefunden worden, zitierte der FDP-Sprecher aus einer Regierungsauskunft von 2003. Außerdem habe das Parlament häufig nur en passant von Ausbrüchen erfahren. Die jetzige Justizministerin habe hingegen konsequent gehandelt und bisher nach drei Vorfällen die Anstaltsleiter ausgetauscht, um einen Neuanfang zu ermöglichen, lobte er. „Wir leben heute wesentlich sicherer als damals“, bilanzierte er und plädierte dafür, die Dinge in den nächsten Wochen sachlich zu bewerten und über notwendige Folgerungen zu diskutieren. Der Opposition gehe es hingegen „ums Lautsprechen“.

Besonders der Kampf gegen Drogen und Gewalt sei zentral, um Rückfälle entlassener Häftlinge zu vermeiden und Opfer zu schützen, unterstrich **Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter** (CDU). Daran arbeiteten im Vollzug jeden Tag 8.000 Menschen, und diese schwierige und verantwortungsvolle Aufgabe verdiene Respekt. Der Opposition warf sie vor, ihr gehe es weder um die Sache, noch um die Opfer oder die Inhaftierten, sondern lediglich darum, zu skandalisieren und politisch zu taktieren. Dies sei scheinheilig und verdrehe die Tatsachen. Die Landesregierung habe im Jahr 2005 eine Kehrtwende im Strafvollzug eingeleitet und blicke auf vier Jahre gute und erfolgreiche Politik für einen modernen und sicheren Strafvollzug in Nordrhein-Westfalen zurück, berichtete die Ministerin. sow



Monika Düker (Grüne)

Harald Giebels (CDU)

Dr. Robert Orth (FDP)

Landpartie

Fraktionen von Regierung und Opposition diskutieren über den ländlichen Raum

17. Dezember 2009 – Rund 60 Prozent der Menschen in Nordrhein-Westfalen lebten und wohnten außerhalb der städtischen Verdichtungsräume, begründeten die Fraktionen von CDU und FDP ihren Antrag auf eine Aktuelle Stunde im Plenum. Neben ihrer Wertschätzung des ländlichen Raums brachten CDU und FDP Zukunftschancen und -herausforderungen der ländlichen Räume zur Sprache. Die Oppositionsfraktionen von SPD und Grünen vermissten einen Anlass zur Debatte und kritisierten, die Politik der Landesregierung schade den ländlichen Räumen mehr, als dass sie ihnen nutze.

NRW sei das Land der großen Städte und der ländlichen Räume, beides gehöre untrennbar zusammen, betonte **Rainer Deppe** (CDU). Nirgends in Deutschland lebten so viele Menschen im ländlichen Raum wie in NRW, meinte er und schrieb ihnen ein ausgeprägtes Heimatgefühl, eine höhere Bereitschaft zur politischen Beteiligung und eine stärkere Beteiligung an Wahlen zu. Auch viele kleine und mittelständische Betriebe seien auf dem Land zu Hause. Daher gelte es, die ländlichen Regionen zu stärken, was nicht nur die Landwirtschaft beinhalte, sondern auch die Bildungsinfrastruktur und die hausärztliche Versorgung. CDU und FDP hätten bereits vieles zum Besseren entwickelt und spielten, anders als Rot-Grün, nicht mehr einen Lebensraum gegen den anderen aus, sagte der CDU-Sprecher.

Mit der Aktuellen Stunde wolle man auch ein Zeichen setzen, erklärte **Holger Ellerbrock** (FDP). Als Problemlagen im ländlichen Raum nannte er die Verkehrserschließung, den öffentlichen Nahverkehr, „weiße Flecken“ bei der Breitband-Datenversorgung und „suboptimale Strukturen“ bei der ärztlichen Versorgung auf dem Land. Auch die Nahversorgung sei demographiebedingt schwierig. Ländliche Räume böten

jedoch Vielfalt, Kulturlandschaft und Identität. Zu diesem eigenständigen Lebens-, Wirtschafts- und Entwicklungsraum bekenne sich die schwarz-gelbe Koalition. Ellerbrock wandte sich gegen einen romantisierenden Landwirtschaftsbegriff und bekräftigte seine Unterstützung zur unternehmerischen Landwirtschaft, die ein wesentlicher Faktor in der Ernährungswirtschaft darstelle.

Weder für aktuell noch für notwendig hielt **Bodo Wißen** (SPD) die Aktuelle Stunde. Sie gehe an der Lebenswirklichkeit der Menschen vorbei. Konkret wäre die Ablehnung einer PKW-Maut gewesen, meinte er – schließlich pendelten viele Menschen vom Land in die Stadt. Unter der schwarz-gelben Landesregierung litten alle Städte und Gemeinden, kritisierte er: „Sie haben zentralisiert, Sie haben Landesbehörden von der Fläche abgezogen.“ Ebenso habe die NRW-Landesregierung die Infrastruktur „kapputtgemacht“, Arbeitslosenzentren geschlossen, bei Bussen und Bahnen gekürzt. Auch einer Diskussion über den Erhalt von Schulen im ländlichen Raum versperre sie sich. „Und dann stellen Sie sich hierhin und sagen, Sie seien die Partei des ländlichen Raumes?“, fragte der SPD-Politiker.

Ländliche Räume beschrieb **Johannes Remmel** (Grüne) vor allem als Industrieregionen im Grünen. Da über die Hälfte der dortigen Arbeitsplätze in der Industrie bestünden, etwa in der Zulieferindustrie, komme es auf die Produktpolitik der Automobilindustrie an, wenn man Arbeitsplätze auf dem Land sichern wolle. Die Gemeinden Horstmar und Schöppingen seien ein „Brandmal auf Ihrer Stirn“, da CDU und FDP es nicht schafften, dort ein Angebot mit allen Schulformen vor Ort zu machen. Für den Klima- und Artenschutz auf dem Land seien bereits vier oder fünf verlorene Jahre verstrichen. Zukünftig könnten Agrarsubventionen der EU am nicht zukunftsorientierten Nordrhein-Westfalen vorbeifließen, befürchtete der Grüne. CDU und FDP hätten keine Perspektive für den ländlichen Raum geboten.

Landwirtschaftsminister Eckhard Uhlenberg (CDU) warf der Opposition vor, sie könne mit dem ländlichen Raum nichts anfangen. Dieser habe vielfältige Funktionen. Er sei Lebens-, Wirtschafts- und ein natürlicher Ausgleichsraum und dürfe nicht zur grünen Lunge der Ballungsräume verkommen. Außerdem diene er der Freizeit und Erholung, der Natur und Landwirtschaft. Der Minister thematisierte die Herausforderungen des demographischen Wandels und des medizinischen Notdienstes und lobte die Entscheidung der Landesregierung, drei neue Fachhochschulen zu errichten. Diese trügen dazu bei, Arbeitsplätze im ländlichen Raum zu schaffen und zu sichern. Der Abwanderung gut ausgebildeter Menschen könne man so entgegenwirken. Außerdem verwies er auf das Programm „Ländlicher Raum“.

SOW



Fotos: Schälte

Tritt auf die Schuldenbremse

Streit über geplante Änderung der Landesverfassung

16. Dezember 2009 – Den Schuldenberg abbauen, den Staat von der Zinslast befreien, Generationengerechtigkeit herstellen: Dies soll die geplante „Schuldenbremse“ leisten, die die Regierungsfaktionen von CDU und FDP in die Landesverfassung schreiben wollen (Drs. 14/10358). „Nebelkerze“, so das Echo der Oppositionsfaktionen von SPD und Grünen. Ihre Kritik: Bund und Land türmten weiter einen Schuldenberg auf und verschwiegen außerdem die Folgen der neuen Regelungen, zum Beispiel für die Kommunen.

Als „Meilenstein in der Haushalts- und Finanzpolitik unseres Landes“, bezeichnete Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) den Gesetzentwurf zur Änderung der Landesverfassung, der „eigentlich eine Selbstverständlichkeit“ sicherstellen sollte: dass Haushalte grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen seien. Nur so könne sichergestellt werden, dass auch Krisensituationen „vernünftig bewältigt“ werden könnten und eine Finanzierung der Staatsaufgaben nicht „auf dem Rücken kommender Generationen“ erfolge. Daher solle in der Verfassung die bestehende Kreditaufnahmegrenze durch den Grundsatz des ohne Einnahme aus Krediten ausgeglichenen Haushalts ersetzt werden. Abweichungen seien nur möglich, um den „Auswirkungen einer von der Normallage abweichenden konjunkturellen Entwicklung“ zu begegnen.

Für „unzulänglich“ und „abenteuerlich“ hielt Markus Töns (SPD) die Pläne. Er warf der Landesregierung vor, die Wirkungen der vorgeschlagenen Schuldenbremse zu verschleiern: „Das Nähere wird durch Gesetz geregelt“, heiße es nämlich bezüglich der Konkretisierung der Tatsache, dass ab dem Jahr 2020 bestimmte Regelungen des Grundgesetzes Bestandteil der Landesverfassung werden sollen. Die SPD unterstützte die Umsetzung der Grundgesetzänderung in Landesrecht. Man wolle aber auch wissen, welche Auswirkungen dieses zukünftige Haushaltsrecht habe, zum Beispiel hinsichtlich der Finanzlage der Gemeinden und Gemeindeverbände. Keine Folgen, so meine die Landesregierung im Gesetzentwurf, ohne weitere Fakten zu liefern. Und sie blende auch die Verpflichtungen des Landes aus dem EU-Vertrag aus.

„Sie haben den Blick für das große Ganze verloren“, warf Christian Weisbrich (CDU) seinem Vorredner vor. Der Entwurf betreffe kein Gesetz, das die Ausgaben festschreibe, die auf die Kommunen zukämen, sondern das vielmehr die Verpflichtung enthalte, keine Schulden mehr zu machen. Weisbrich skizzierte, die Bundesrepublik drückten zwar „riesige“ Schulden, doch trotz Kreditaufnahme herrsche bei den Sozialsystemen, im Bildungssektor und

bei den Kommunen Finanznot. Der Staat verspreche den Menschen ständig mehr, als er mit den erzielbaren Steuereinnahmen leisten könne. Der CDU-Sprecher wandte sich sowohl gegen ein weiteres „Drehen an der Steuerschraube“ wie auch gegen ein „Kaputtsparen“ der öffentlichen Haushalte. Richtig sei vielmehr, auf mehr Wachstum hinzuarbeiten, um mehr Steuereinnahmen zu erzielen.

Rund 20.000 Euro Schulden – aufgenommen von Bund, Land oder Kommune – habe jede Bürgerin und jeder Bürger, analysierte Angela Freimuth (FDP). Der „riesige“ Schuldenberg sei nicht nur eine Belastung für die heutige, sondern auch für die nachfolgenden Generationen. Daher sei die neue Verschuldungsregel ein „großer Durchbruch“ in der Haushalts- und Finanzpolitik. Mit der neuen Regel seien in Normallagen keine neuen Schulden mehr erlaubt. Die entsprechende Grundgesetzänderung hätten FDP, CDU und SPD auf Bundesebene gemeinsam beschlossen. Was die Kommunen betreffe, so bliebe bei der Bemessung der Zuweisungen des Landes auch schon heute die Kreditaufnahme außer Acht. Es gelte also nach wie vor die Verpflichtung, den Kommunen eine angemessene Finanzausstattung zur Verfügung zu stellen.

„Ein einziges Ablenkungsmanöver“ sei der Gesetzentwurf, kritisierte Sylvia Löhrmann (Grüne). Die Regierungsparteien befänden sich im „Schuldenrausch“ und betrieben vor allem auf Bundesebene „systematischen Staatsbankrott“. Im Gegensatz zur neuen Regel wolle der Bund in den nächsten drei Jahren erst einmal mindestens 270 Milliarden Euro neue Schulden machen. Und in Nordrhein-Westfalen stiegen die Schulden von 110 Milliarden Euro in 2005 auf 130 Milliarden Euro in 2010. Wenn es eine Schuldenbremse nicht nur für den Bund, sondern auch für die Länder geben solle, müssten diese dann auch eigene steuerpolitische Handlungsmöglichkeiten haben, forderte Löhrmann. Außerdem erforderlich sei ein „Altschuldenfonds“ für die Kommunen, die ja „in hohem Maße“ von einer Schuldenbremse betroffen wären.

cw

Foto: Schälte

Der Gesetzentwurf (Drs. 14/10358) wurde zur weiteren Beratung an den Hauptausschuss (federführend) sowie den Haushalts- und Finanzausschuss und den Kommunalausschuss überwiesen.

Wer soll es bezahlen?

Regierung und Opposition streiten über „Bildungssoli“

16. Dezember 2009 – Mehr Geld für Bildung ist vonnöten. Darüber herrscht Einigkeit im Landesparlament. Mehr Geld für Ganztagsangebote, einschließlich des Mittagessens, mehr Geld für Kinder unter drei Jahren fordern die Grünen und schlagen vor, hierfür einen Teil des „Soli Ost“ in einen „Bildungssoli“ umzuwidmen (Drs. 14/10152). Während die SPD dies für einen richtigen Weg hält, wenden sich CDU und FDP mit Hinweis auf die getrennten Kassen von Bund und Ländern dagegen. Der Antrag sei „populistisch“, Fakt hingegen seien die Mehrausgaben, die Schwarz-Gelb seit 2005 im Bereich Bildung getätigt habe.

„Für gute Bildung braucht man Geld.“ Um dieses zu erhalten, sollen – so **Sylvia Löhrmann** (Grüne) – 23 Milliarden Euro des „überfinanzierten“ Solidaritätsbeitrags Ost in einen „Bildungssoli“ umgewandelt werden. Damit würden Bund, Länder und Gemeinden im Bereich Bildung die erforderliche Unterstützung erfahren. Speziell für Kommunen soll des Weiteren eine „Altschuldenhilfe“ die notwendigen finanziellen Spielräume schaffen. Durch diese Schritte könne man in der Schul- und Bildungspolitik die Maßnahmen umsetzen, die man richtig finde. Überdies betonte Löhrmann: „Bildung ist eine gesamtstaatliche Aufgabe.“ Daher sei es ein Fehler gewesen, bei der Föderalismusreform ein Verbot der Kooperation von Bund und Ländern in diesem Bereich zu beschließen.

Es sei richtig und inhaltlich in Ordnung, in Bildung zu investieren, antwortete **Dr. Jens Petersen** (CDU) auf die Forderung der Grünen. Allerdings könne man dies „eben nicht mit anderer Leute Geld machen“. Und die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag stünden nun einmal ausschließlich dem Bund zu. Aufgrund der durch die Föderalismusreform beschlossenen Verfassungsänderungen könne man die Gelder des Bundes auch nicht einfach für eine originäre

Landesaufgabe verwenden. Vor diesem Hintergrund verwies der CDU-Sprecher darauf, dass in Nordrhein-Westfalen mittlerweile 40 Prozent des Landesetats für Bildung ausgegeben werde. Diese „absoluten Rekordwerte“ seien gerechtfertigt dadurch, dass Bildung das entscheidende Zukunftsthema sei.

Zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts sollten für Bildung bereitgestellt werden – in diesem Punkt seien sich, so **Thomas Trampe-Brinkmann** (SPD), CDU und Grüne anscheinend einig. Im Unterschied zu Bundeskanzlerin Merkel, die hierfür ein neues Schuldenloch in Kauf nehme, zeige der Antrag der Grünen einen Weg in Form eines „Umswitchens“ bestehender Mittel auf. Daher weise er aus seiner Sicht in die richtige Richtung. Es sei wichtig, die Ausgaben für Bildung zu steigern, aber auch, sie gleichmäßiger zu verteilen. So „koste“ derzeit ein Schüler der Primarstufe etwa 4.000 Euro pro Jahr, ein Schüler der Sekundarstufe etwa 8.000 Euro. Des Weiteren müsse man für die Studierenden Transparenz darüber schaffen, was mit ihren Studiengebühren geschehe.

Die Grünen hätten „immer neue Steuern erfunden oder bestehende umgewidmet“, wand-

te sich **Ingrid Pieper-von Heiden** (FDP) gegen den vorliegenden Antrag. Das Geld sei dann im Gesamthaushalt „versickert“; für Bildung habe man es jedenfalls nicht ausgegeben. Die jetzige Landesregierung unterstütze dagegen nicht nur notwendige Steuersenkungen, sondern habe „im Sinne der Kommunen“ die Bildungspauschale erhöht. Man habe von der SPD und den Grünen einen Schulhaushalt übernommen, der als „Steinbruch“ genutzt worden sei. Demgegenüber hätten FDP und CDU seit 2005 die Ausgaben allein für Schule und Weiterbildung um gut 2 Milliarden Euro erhöht. Und den Anteil der Bildungsausgaben am Landeshaushalt von 36,7 Prozent auf 40,5 Prozent gesteigert.

„Sie fordern mehr, beklagen aber gleichzeitig die Verschuldung.“ **Finanzminister Dr. Helmut Linsen** (CDU) kritisierte, die Grünen beantragten, beim wichtigen Thema Bildung dem Bund „ins Säckel“ zu greifen, nur um sich anschließend über die „horrende“ Verschuldung des Bundes zu erregen. Die Verpflichtung des Bundes aus dem Solidaripakt von 2001, den neuen Ländern für den Aufbau Ost insgesamt 156,5 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen, bestehe überdies unabhängig vom Solidaritätszuschlag. Die Einnahmen aus diesem Zuschlag seien nicht zweckgebunden, stünden aber als Ergänzungsabgabe des Bundes auch diesem allein zu. Daher Linsens Fazit: Der von den Grünen skizzierte „Bildungssoli“ – ein „Phantasieprodukt“ im rechtsfreien Raum. C/W

Der Antrag der Grünen (Drs. 14/10152) wurde zur weiteren Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss (federführend) sowie den Ausschuss für Schule und Weiterbildung und den Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie überwiesen.



Antrittsbesuch ...

... der Parlamentarischen Gruppe Bahn (PGB) des Landtags NRW beim neuen Bahnchef **Dr. Rüdiger Grube** in Berlin. Dieser erläuterte insbesondere sein Ziel, das Image der Deutschen Bahn (DB) zu verbessern. Die DB solle künftig als „sympathisches Unternehmen“ wahrgenommen werden. Im Bild von links: **Reiner Latsch**, Konzernbevollmächtigter der DB für NRW, **Dr. Rüdiger Grube**, **Gerhard Lorth** (CDU), Vorsitzender der PGB, sowie sein Stellvertreter **Reinhard Jung** (SPD).

Foto: Holler

Beiträge zum Studium

SPD-Fraktion fordert „Bologna-TÜV“, kann sich aber nicht durchsetzen

16. Dezember 2009 – Einen „Bologna-TÜV“ hat die SPD-Fraktion vor dem Hintergrund der Studentenproteste in einem Eilantrag (Drs. 14/10421) gefordert. Da sich viele Studierende gegen eine schlechte Umsetzung der Bologna-Reform hin zu Bachelor- und Masterstudiengängen, gegen schlechte Lehre und Studienbedingungen richteten, müsse die Landesregierung dazu beitragen, dass mehr Mittel zur Verfügung stünden, zweckgebunden für gute Lehre und mehr Personal und nicht zur Stopfung von Haushaltslöchern. Die Lehre müsse für die Profilierung einer Hochschule ebenso relevant sein wie die Forschung. CDU und FDP verwiesen auf bessere Rahmenbedingungen, die die Landesregierung geschaffen habe.

Foto: Schälte

Karl Schultheis (SPD) erwartete von Hochschulminister Pinkwart, dass er sein Versprechen, bis zum Ende des Semesters erhebliche Verbesserungen bei den Studienbedingungen zu erreichen, einlöse. Dies solle er dem nordrhein-westfälischen Parlament und den Studierenden garantieren, auch diese seien Teil der Hochschulen. Er verwies auf Studien und Statistiken, nach denen immer weniger studienberechtigte junge Menschen, vor allem Frauen, ein Studium ergriffen. Zudem seien bei der Verwendung der Studiengebühren noch viele Fragen offen, mahnte Schultheis an und erinnerte an Rücklagen, die zu bilden seien, um den Bologna-Prozess voranzubringen. Viele bisher erreichte Verbesserungen an den Hochschulen seien im Übrigen noch unter SPD-Verantwortung angestoßen worden.

Seinem Vorredner warf Dr. Stefan Berger (CDU) vor, unberechtigte Ängste schüren und die Studentenproteste für sich selbst „kultivieren“ zu wollen. Während die SPD in ihrer eigenen Regierungszeit weder die Hochschulen finanziell adäquat ausgestattet noch sich angemessen dem Bologna-Prozess gewidmet habe, habe die jetzige Landesregierung dafür gesorgt, dass den Hochschulen nun 600 Millionen Euro mehr zur Verfügung stünden. „Wir brauchen eine konstruktive und zielführende Auseinandersetzung mit allen Beteiligten“, sagte Berger. Ziel sei eine innovationsorientierte Wirtschaft in NRW, die

auch selbst in die Forschung investiere. Dazu schaffe das Hochschulfreiheitsgesetz ein neues Zusammenspiel zwischen Wirtschaft, Politik und Hochschulen, argumentierte Berger.

„Wir nehmen berechtigte Anregungen aus der Studentenschaft gerne für die Weiterentwicklung unserer Hochschulpolitik auf“, versprach Ralf Witzel (FDP). Das „vielversprechende Memorandum“, in dem die Hochschulen sich zu konkreten Analysen verpflichtet hätten, verstand er als „eine Art TÜV-Vereinbarung, der die Hochschulen nun unterstellt sind und die wir im Blick behalten“. Auch die Kultusministerkonferenz habe Korrektur-Eckpunkte beschlossen. Für studierbare Studiengänge seien in erster Linie die Hochschulen verantwortlich. Aufgabe der Politik sei, passende Rahmenbedingungen zu schaffen. So wachse der Bildungsetat im Landeshaushalt stetig. Trotz Studiengebühren hätten mehr Menschen als je zuvor ein Studium in NRW aufgenommen, bemerkte der FDP-Sprecher.

„Wenn es ums Bezahlen geht“, meinte Dr. Ruth Seidl (Grüne), schlage in der Koalition „die Stunde der Trickser, Täuscher und Taschenspieler“. Auch Pensionszahlungen an ehemalige Lehrende kosteten schließlich Geld, brächten aber keine Verbesserungen im System. Die Umsetzung eines gemeinsamen Bildungspakets scheitere aber nicht nur am Geld, sondern auch am Koopera-

tionsverbot zwischen Bund und Ländern. Als Ziel formulierte sie eine nachhaltige Erhöhung der Bildungsausgaben auf 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und unterstützte damit einen Aspekt des Eilantrags. Sie hielt allerdings die SPD-Forderung nach einem „Bologna-TÜV“ für wenig hilfreich und schlug stattdessen vor, den derzeitigen „TÜV“, die Akkreditierungsagenturen und den -rat, auf den Prüfstand zu stellen.

Die Forderung, bis zum Jahr 2015 müsse ein Zehntel des Bruttoinlandsprodukts für Bildung ausgegeben werden, habe die Landesregierung längst erhoben, antwortete Hochschulminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP) auf einen Aspekt des Eilantrags. Im Gegensatz zur Vorgängerregierung stopfe sie mit Studiengebühren auch keine Haushaltslöcher. Mehr Personalstellen zu fordern, sei richtig, allerdings habe die Koalition dies bereits durch Vereinbarung mit den Hochschulen umgesetzt. Zur Qualität der Lehre merkte der Minister an, dass die leistungsorientierte Mittelzuteilung sich nicht mehr nach der Studentenzahl einer Hochschule richte, sondern danach, dass die Studierenden zu einem Abschluss geführt würden. So würden Anreize für gute Lehre geschaffen, argumentierte Pinkwart. sow

Der Eilantrag (Drs. 14/10421) wurde mit den Stimmen der CDU und der FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt.

In Szene gesetzt

Landtag debattierte: Wie lassen sich freie Kulturangebote stärken?

17. Dezember 2009 – „Die freie Theater- und Tanzszene ist wichtiger Bestandteil der nordrhein-westfälischen Theaterlandschaft“, erklären die Fraktionen von CDU und FDP in einem Antrag (Drs. 14/10148). Daher fordern sie die Landesregierung auf, ein neues Konzept für die Förderung der freien Szene zu entwickeln, um das qualitative Niveau zu sichern und die freien Theater insbesondere in ihrer Infrastruktur zu stärken. Bereits 2010 sollen drei Theaterzentren im Rheinland, in Westfalen und im Ruhrgebiet als „wichtige Produktionshäuser“ der freien Szene gefördert werden. Im Plenum kritisierte die SPD-Fraktion den Antrag, da dieser die Vielfalt der Szene nicht ausreichend berücksichtige. Die Grünen dagegen äußerten Zustimmung und erkannten im Antrag eigene Anregungen zur Förderung der freien Szene.

„Die Theater der freien Szene sind besonders von Kürzungen in den kommunalen Haushalten bedroht“, sagte **Prof. Dr. Thomas Sternberg** (CDU). Das sei „katastrophal“, weil sich in jenem Bereich viel getan habe. Die „nicht professionelle freie Szene“ habe sich längst in eine hoch professionelle Szene verwandelt, auch dank „nachweislich intensiverer“ Förderung seit dem Regierungswechsel 2005. Mit dem „Pumpenhaus“ in Münster und dem „Ringlokschuppen“ in Mülheim nannte er Beispiele, wie die Produktionsförderung mit einer Konzeptionsförderung zum Unterhalt einer Spielstätte kombiniert werden könne. Nun gehe es darum, solche Einrichtungen so zu fördern, dass sie weiter möglich seien und beispielgebend werden.

„Wir haben die größte freie Theater- und Tanzszene in der Bundesrepublik“, machte **Angela Freimuth** (FDP) deutlich. Als Aushängeschild bestimme die Szene heute mehr denn je das kulturelle Profil des Landes. Wie sehr die FDP die Szene schätze, zeigten die Haushalte der vergangenen Jahre. So sei es gelungen, den Kulturförderetat seit 2005 zu verdoppeln. Nun sei die Landespolitik aufgefordert, Rahmenbedingungen zu setzen für eine optimierte Förderung der freien Szene. „Gerade die freie Theater- und Tanzszene zeichnet sich dadurch aus, dass ihre

Ensembles keine feste Spielstätte aufzuweisen haben. Man muss den Fokus bei einer Neukonzeption daher auch auf die Sicherung der Infrastruktur lenken“, sagte **Freimuth**.

„Wir stehen auf der Seite der Kulturschaffenden und der Kultureinrichtungen, die unter dem Druck der Finanzlage der Kommunen leiden“, betonte **Claudia Scheler** (SPD). Jedoch halte sie nichts davon, drei Zentren zu schaffen. „Ich glaube, freie Theater leben davon, dass sie angebunden sind an die Kommune, in der sie existieren, und wo sie auftreten. Ich glaube auch, dass sie einen Wert haben, indem sie Gastspiele machen.“ Die Szene sei „viel zu breit, viel zu bunt“, als dass die Landespolitik sie in Zentren pressen könne. Der Antrag komme zur „Unzeit“, da der Landtag zuvor die Haushaltsberatungen für 2010 abgeschlossen habe. In diesem Rahmen hätten einige der Vorschläge umgesetzt werden können, meinte **Scheler**.

„Das ist ein guter und diskussionswürdiger Antrag“, fand **Oliver Keymis** (Grüne) und verwies darauf, dass die Grünen bereits in ihrem Landtagswahlprogramm 2005 Zentren für Kinder- und Jugendtheater gefordert hätten. Die freie Szene sei stets auf der Suche nach einem Weg, „sich ihre Freiheit zu bewahren und doch stärker an technische Möglichkeiten binden zu

können.“ Daher sei es wichtig, dass man ihre Freiheit respektiere, hob der kulturpolitische Sprecher hervor. Zugleich sei aus landespolitischer Sicht zu bedenken, dass es durch die Einrichtung von Theaterzentren nicht zu Ungerechtigkeiten etwa zwischen dem Rheinland und Westfalen kommen dürfe. Die Zentren seien „gut überlegt“ über das Land zu verteilen, sagte **Keymis**.

„Die Landesregierung begrüßt diesen Antrag“, erklärte **Medienminister Andreas Krautscheid** (CDU). Die Regierung werde darauf achten, „dass die Antragsverfahren verschlankt werden und für mehr Kontinuität in der künstlerischen freien Arbeit gesorgt wird“. NRW sei ein traditionsreicher Standort für freischaffende Künstler. Diese seien häufig die Ersten gewesen, die „denkmalgeschützte Industrieareale als fantastische Räume für die Kunst entdeckt“ hätten. Außerdem hätten sie eine Vorreiterfunktion im Erarbeiten von neuen Theaterformen „für sogenannte bildungsferne Gesellschaftsgruppen“ eingenommen, sagte der Minister. Vor diesem Hintergrund sei es wichtig, „den kreativen Humus der Kulturlandschaft“ zu stärken. SW

Der Kulturausschuss wird den Antrag (Drs. 14/10148) federführend beraten und abschließend darüber abstimmen.

Foto: Schälte

Der Jubel war groß, als sich die Expertenjury der Europäischen Union im April 2006 für das Ruhrgebiet als Europäische Kulturhauptstadt 2010 entschied. Noch größer ist seitdem die Vorfreude auf die kommenden Projekte und Programme, die dem Ruhrgebiet als Kulturmetropole auf der europäischen und internationalen Bühne zum Durchbruch verhelfen sollen. Der Landtag Nordrhein-Westfalen hat die Vorbereitungen auf die Kulturhauptstadt von Beginn an begleitet und durch eigene Initiativen unterstützt. So erklärten Abgeordnete aller vier Fraktionen bereits kurz nach der Bekanntgabe des Votums, wie wichtig der Titel der Europäischen Kulturhauptstadt für die weitere strukturelle Entwicklung des Ruhrgebiets und für die Rolle ganz Nordrhein-Westfalens in Europa sei.

Einen Vorgeschmack auf die kulturellen Höhepunkte des Jahres 2010 bot bereits im Mai 2008 ein Parlamentarischer Abend im Düsseldorfer Landesparlament. Dort gewährte das Ruhrgebiet Gästen aus Politik, Gesellschaft und Wirtschaft einen ersten Blick auf das geplante Programm. Und die Teilnehmenden machten im Landtag gemeinsam deutlich: Kultur an der Ruhr sei nichts Elitäres, sondern ihre Angebote sollten sich an ein möglichst breites Publikum richten. Die Kulturhauptstadt, so sagte beispielsweise Landtagspräsidentin Regina van Dinter, biete dem Ruhrgebiet mit seinen über 5,3 Millionen Menschen aus 170 Nationen die Chance, sich von alten Klischeebildern zu lösen.

Wie dies am besten gelingen könne, berichteten Dr. Fritz Pleitgen, der Vorsitzende der Trägergesellschaft Ruhr2010.GmbH, und Geschäftsführer Prof. Dr. Oliver Scheytt unter anderem im Kulturausschuss des Landtags. Ihr dort geäußertes Credo: „Das Ruhrgebiet atmet nicht mehr Staub, sondern Zukunft.“ Im Ausschuss gaben die Organisatoren den Abgeordneten regelmäßig Auskunft über den aktuellen Stand der Planungen zum Großereignis. Und zeigten sich erfreut, dass der Landtag Nordrhein-Westfalen auch die finanzielle Förderung der Kulturhauptstadt stets im Blick behalten habe. So hatte der Landtag beispielsweise in den parlamentarischen Beratungen zum zweiten Nachtragshaushalt 2008 mit den Stimmen aller Fraktionen beschlossen, den Gemeinden und Gemeindeverbänden für Projekte der Kultur-

Feuer und Flamme:
Die Eröffnungsfeier
auf Zeche Zollverein.
Foto: Kaufmann

Unterstützung für Kultur an der Ruhr

Landtag hat Planungen zur Kulturhauptstadt 2010 von Beginn an begleitet

Januar 2010 – „Wandel durch Kultur – Kultur durch Wandel.“ So hatte die Stadt Essen ihre Bewerbung um den Titel der Europäischen Kulturhauptstadt 2010 überschrieben. Nun ist es so weit: Die Ruhrmetropole und mit ihr das gesamte Ruhrgebiet zeigen gemeinsam, wie Kunst und Kultur zum Strukturwandel der einstigen Bergbau-Region beitragen und wie dieser Wandel zugleich neue kreative Kräfte erzeugt. Hunderttausende Gäste aus ganz Europa werden in den kommenden zwölf Monaten die kulturelle Vielfalt des Ruhrgebiets erleben können. Für einen nachhaltigen Erfolg der Kulturhauptstadt haben sich in den zurückliegenden Jahren auch die politischen Akteurinnen und Akteure im Landtag Nordrhein-Westfalen stark gemacht.

hauptstadt über 10 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Über diese Zuweisungen sollte insbesondere den finanzschwachen Kommunen im Ruhrgebiet eine aktive Teilnahme an der Kulturhauptstadt ermöglicht werden.

Der Kulturausschuss des Landtags engagierte sich darüber hinaus insbesondere für die freie Künstlerszene im Ruhrgebiet. Die kulturpolitischen Sprecher aller vier Landtagsfraktionen unterzeichneten im Dezember 2008 einen gemeinsamen Appell an die 53 beteiligten Kommunen des Ruhrgebiets, freischaffende Künstlerinnen und Künstler stärker als zunächst vorgesehen an den geplanten Veranstaltungen zur Kulturhauptstadt zu beteiligen. Je mehr Kunstschaffende an der Kulturhauptstadt mitwirken könnten, so lautete die Botschaft des Appells,

desto stärker werde das Jahr 2010 prägend für den kulturellen Reichtum der Region sein.

Die kommenden Monate also sollen zeigen, welche Akzente die Kulturhauptstadt setzt und welche langfristigen Perspektiven sie für die Region eröffnet. Fest steht schon jetzt: Die Kultur an der Ruhr bleibt weiterhin ein Thema auch für den Landtag Nordrhein-Westfalen. SW

Seit 1985 wird der Titel der Europäischen Kulturhauptstadt verliehen. Die Idee dazu hatte die griechische Kulturministerin Melina Mercouri, um das europäische Miteinander zu fördern und die kulturelle Vielfalt in Europa zu stärken. Gemeinsam mit Essen und dem Ruhrgebiet tragen in diesem Jahr auch die ungarische Stadt Pécs und die türkische Metropole Istanbul den Titel der Europäischen Kulturhauptstadt 2010. Alle Informationen zum Programm im Ruhrgebiet sind im Internet abrufbar (www.ruhr2010.de).



Von Beginn an: Die Kulturhauptstadt in Landtag Intern.

Schlag auf Schlag

„Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.



Manfred Kuhmichel (CDU)



Claudia Scheler (SPD)

Für Essen, das Ruhrgebiet und Nordrhein-Westfalen ist das Jahr der Europäischen Kulturhauptstadt 2010 ...

... eine einmalige Chance, den interessierten Menschen in ganz Europa und auch darüber hinaus zu zeigen, wie weit der Strukturwandel bereits vollzogen ist und welch großen Anteil die Kulturschaffenden dieser Region daran haben.

... eine große Chance, die Menschen zusammenzubringen, sie stolz und zuversichtlich sein zu lassen. Das Ruhrgebiet festigt damit auch national und international seinen Ruf als kulturelle Trendregion.

London, Paris, Essen – das Ruhrgebiet ist eine Kulturmetropole, weil ...

... hier so viele Künstlerinnen und Künstler in einer Region mit mehr als 5 Millionen Einwohnern aus über 170 Nationen in 53 Städten qualitativ hochwertige und innovative künstlerisch-kulturelle Leistungen erbringen wie sonst nirgendwo.

... der größte Ballungsraum Deutschlands viele Kreative hervorbringt und anzieht – nicht zuletzt durch den enormen Einsatz der Kommunen. Die Kulturlandschaft kann jedem Vergleich standhalten; die Mischung macht die Region so lebendig und spannend: Tradition und Moderne, Bodenständigkeit und Avantgarde.

Erst Kohle und Koks, jetzt Kunst und Kultur. Für mich zeigt dieser Wandel, dass ...

... Kultur nicht bloßes Beiwerk zu Arbeit und Freizeit darstellt, auf das man auch verzichten könnte, sondern ein wichtiger, das Leben gestaltender Beitrag ist, der den Zusammenhalt der Gesellschaft über alle Schichten und Generationen hinweg stärkt und fördert.

... Menschen fast alles bewegen können.

Das Geld im Land und in den Kommunen ist knapp. Das bedeutet für Kunst und Kultur ...

... dass sie in manchen Städten durch die Krise in eine prekäre Lage geraten. In Zeiten finanzieller Knappheit ist es nicht einfach, die Notwendigkeit von Kulturförderung zu verteidigen. Durch die Verdopplung des Kulturförderetats seit 2005 hat das Land den Verfassungsauftrag zur Förderung der Kultur erfüllt.

... eine große Gefahr. Die Schere zwischen dem Anspruch der Landesregierung zur Kulturpolitik auf der einen Seite und der katastrophalen finanziellen Situation der Kommunen auf der anderen Seite bedroht den Bestand der Kulturlandschaft in NRW.

Damit sich Kultur an Rhein und Ruhr weiter entfalten kann, bedarf es aus landespolitischer Sicht ...

... der Anstrengung aller Kräfte, denen eine lebendige kulturelle Szene wichtig ist. Was wir vonseiten der CDU neu angestoßen haben, werden wir auch weiterhin realisieren, beispielsweise die landesweite Ausdehnung eines der wichtigsten Projekte der Kulturhauptstadt 2010: Jedem Kind ein Instrument.

... einer Stärkung und Unterstützung des hervorragenden kommunalen Engagements, damit die Kommunen die Kulturaufgabe, die sie in der Vergangenheit in dieser Vielfalt und Produktivität erbracht haben, auch weiterhin wahrnehmen können.

Das Jahr der Kulturhauptstadt wird dann zu einem Erfolg, wenn ...

... Essen und das Ruhrgebiet nachhaltig zum Symbol dafür werden, dass Kultur eine entscheidende, wenn nicht sogar die entscheidende Rolle bei der Umgestaltung eines industriellen Ballungsraumes spielt.

... die kreative Energie, die von der verschneiten Eröffnungsfeier auf Zollverein ausging, durch das ganze Jahr erhalten bleibt.

Die Liste der Veranstaltungen zur Kulturhauptstadt ist lang. Ich persönlich freue mich besonders auf ...

... die Eröffnung des neuen Museums Folkwang. Das Museum wird durch diesen Neubau seinen weltweit herausragenden Ruf weiter unterstreichen und festigen.

... die Ausstellung „Das schönste Museum der Welt“ im Museum Folkwang.

Diesmal geht es um die Kulturpolitik.

Angela Freimuth (FDP)



Oliver Keymis (Grüne)



... die Chance, die kulturelle Vielfalt und Qualität der Region und unseres Landes erlebbar zu machen und die Integrationsleistung, aber auch den Strukturwandel zu präsentieren.

... schon deshalb von größter Bedeutung, weil Adolf Muschg Recht hatte: „Das ehemalige Revier atmet nicht mehr Staub, sondern Zukunft.“

... es in besonderer Häufung kreativen Köpfen, Künstlern, Kulturschaffenden und Kreativunternehmern eine Heimat bietet und in einer kreativen Symbiose Industrie und Innovation, die Geschichten seiner Bewohner und der Region zusammenführt.

... es nirgends auf der Welt eine solche Dichte von KünstlerInnen und Kreativen gibt wie hier und weil es nirgends so viele verschiedene Kultureinrichtungen gibt wie hier, die von so vielen Menschen jeden Abend aufgesucht werden.

... die Menschen im Ruhrgebiet die Potenziale der Kreativität und Innovation erkannt haben und ihre Chancen zu nutzen wissen. Veränderungen beginnen mit dem ersten Schritt. Die Menschen im Ruhrgebiet haben diesen Wandel durch ihr Engagement und ihren Mut möglich gemacht. Hierfür ein großes Kompliment.

... das Ruhrgebiet auch als Friedensmetropole beispielhaft ist: einst war es die Region, in der die Rüstungsschmieden der verführten Nationen die Weltkriege munitionierten, heute ist es die Region, in der Menschen aus über 150 verschiedenen Ländern vorbildlich friedfertig miteinander leben und arbeiten.

... dass wir das bürgerschaftliche Engagement stärken und Synergien und Effizienzen heben müssen, z.B. durch Änderungen im Stiftungsrecht und Bürokratieabbau. Wir haben seit 2005 den Kulturförderetat des Landes verdoppelt. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zum Erhalt unserer kulturellen Infrastruktur.

... dass sie nur dann eine beständige Zukunft haben, wenn wir die Ausgaben für Kunst und Kultur als Pflichtaufgabe festlegen und wenn Bund und Land die Kommunen in die Lage versetzen, die ihnen übertragenen Aufgaben auch finanziell umsetzen zu können.

... vieler kreativer, innovativer und kluger Köpfe. Deshalb liegt uns die landesweite kulturelle Bildung unserer Kinder und Jugendlichen besonders am Herzen. Sie sind auch kulturell die Zukunft unseres Landes!

... einer kontinuierlichen Fortschreibung der Kulturförderung, die zur Pflichtaufgabe werden sollte. Dabei müssen wir insbesondere die freie Szene, die KünstlerInnen und Kreativen selbst im Blick haben, denn kulturelle Vielfalt ist das Markenzeichen unseres Landes.

... es den Organisatoren und allen Beteiligten gemeinsam gelingt, mit den Aktivitäten eine nachhaltige kulturelle Begeisterung und Schaffenslust bei Besuchern und Kulturschaffenden zu initiieren.

... Essen und das Ruhrgebiet auch nach 2010 die Kultur und die Kunst wie eine Kulturhauptstadt fördern und weiterentwickeln, weil sie die großen Chancen des Wandels durch Kultur erkannt und verinnerlicht haben.

... die Nacht der Jugendkultur im Juli, und als Hobbyköchin bin ich natürlich neugierig und gespannt auf die Angebote im Rahmen des Gourmetfestivals Ruhr, aber in dem vielseitigen Programm werde ich sicherlich noch einige Veranstaltungen entdecken, die mich „anlächeln“ werden.

... die Sperrung der A 40 und den kilometerlangen Tisch, an dem alle Kulturen des Ruhrgebiets einen Sommertag lang Platz finden, und dann noch auf all die Veranstaltungen, für die ich im Laufe des Jahres 2010 hoffentlich noch Zeit finde.

**Idee und Umsetzung:
Sebastian Wuwer**

Laufende Gesetzgebung

DRS.-NR.	GESETZ/INITIATOR	ZUSTÄNDIGER FACHAUSSCHUSS	GPL. BERATUNGSSCHRITTE
14/10521	Einführung einer Abgabe auf die Entnahme von Kiesen und Sanden in Nordrhein-Westfalen, GRÜNE	Vorschlag: Umweltausschuss	1. Lesung 20.1.2010
14/10442	Änderung des Stiftungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen, LR	Vorschlag: Innenausschuss	1. Lesung 20.1.2010
14/10435	Änderung des Hafensicherheitsgesetzes, LR	Vorschlag: Ausschuss für Bauen und Verkehr	1. Lesung 20.1.2010
14/10406	Hinterlegungsgesetz und Gesetz zur Änderung landesrechtlicher Vorschriften, LR	Vorschlag: Rechtsausschuss	1. Lesung 20.1.2010
14/10405	Änderung des Krankenhausgestaltungsgesetzes des Landes NRW, LR	Vorschlag: Sozialausschuss	1. Lesung 20.1.2010
14/10209	Gesetz über Modellversuche zur Weiterbildung der Berufe in der Alten- und Krankenpflege etc., LR	Ausschuss für Gesundheit und Soziales	Beratungsabschluss im Ausschuss 24.2.2010
14/10162	Gesetz zur Änderung des Landesfischereigesetzes, LR	Umweltausschuss	2. Lesung 3./4.2.2010
14/10379	Änderung des Abgeordnetengesetzes, GRÜNE	Hauptausschuss	Ausschussberatung 28.1.2010
14/10358	Gesetz zur Änderung der Verfassung NRW, LR	Hauptausschuss	Anhörung am 25.2.2010
14/10149	Änderung des Landschaftsgesetzes etc., CDU/FDP	Umweltausschuss	Anhörung am 27.1.2010
14/10145	Änderung des Nachbarrechtsgesetzes, GRÜNE	Rechtsausschuss (federführend), Bauausschuss	Bauausschuss: 14. bzw. 28.1.2010 Rechtsausschuss: 24.2.2010

DRS.-NR.	GESETZ/INITIATOR	ZUSTÄNDIGER FACHAUSSCHUSS	GPL. BERATUNGSSCHRITTE
14/10144	Abschaffung der Studiengebühren, GRÜNE	Wissenschaftsausschuss	Anhörung Frühjahr 2010
14/10125	Abrechnung der Lasten der Deutschen Einheit, LR	Kommunalausschuss	Beratungsabschluss im Ausschuss 27.1.2010
14/10089	Änderung des Polizeigesetzes des Landes NRW, LR	Innenausschuss	Beratungsabschluss im Ausschuss 28.1.2010
14/10088	Änderung des Landesplanungsgesetzes, LR	Wirtschaftsausschuss	Anhörung Anfang 2010
14/10028	Sicherung und Nutzung öffentlichen Archivguts, LR	Kulturausschuss	Anhörung 27.1.2010
14/9956	Bau- und Liegenschaftsbetriebsgesetz, LR	Haushalts- und Finanzausschuss	Beratungsabschluss im Ausschuss 4.3.2010
14/9908	Änderung des Hochschulgesetzes, GRÜNE	Wissenschaftsausschuss	Beratungsabschluss im Ausschuss 28.1.2010
14/9760	Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine, GRÜNE	Umweltausschuss	2. Lesung am 20./21.1.2010
14/9736	Modernisierung von Justizgesetzen, LR	Rechtsausschuss	2. Lesung 20./21.1.2010
14/9702	Gemeindefinanzierungsgesetz 2010, LR	Haushaltsausschuss	s. a. 14/9700
14/9417	Änderung des Pressegesetzes, LR	Hauptausschuss	Weitere Beratung in 2010
14/9386	Modernisierung des Sicherheitsrechts, SPD	Innenausschuss	s. a. 14/10089
14/9265	Änderung des Landesplanungsgesetzes, GRÜNE	Wirtschaftsausschuss	s. a. 14/10088
14/272	Änderung des Personalvertretungsgesetzes, SPD	Rechtsausschuss	Beratung ruht

LR = Landesregierung; Gesetzstitel zum Teil verkürzt

Abgeschlossene Gesetzgebung – am 16./17. Dezember 2009 im Plenum entschieden

DRS.-NR.	GESETZ	INITIATOR	ABSTIMMUNG IM PLENUM	BESCHLUSS
14/10119	Änderung des Gesetzes über Pflichtexemplare	LANDESREGIERUNG	2. Lesung 16.12.2009	angenommen
14/10029	Änderung des Landesjagdgesetzes NRW	LANDESREGIERUNG	2. Lesung 16.12.2009	angenommen
14/10027	Schaffung von mehr Transparenz in öffentlichen Unternehmen	LANDESREGIERUNG	2. Lesung 16.12.2009	angenommen
154/9955	Gesetz über die europäische Verwaltungszusammenarbeit	LANDESREGIERUNG	2. Lesung 16.12.2009	angenommen
14/9853	Änderung der gesetzl. Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Wirtschaftsministeriums	LANDESREGIERUNG	2. Lesung 16.12.2009	angenommen
14/9738	EG-Dienstleistungsrichtlinie im Rahmen der Normenprüfung	LANDESREGIERUNG	2. Lesung 16.12.2009	angenommen
14/9737	Förderung Erneuerbare Energien im Wärmebereich	LANDESREGIERUNG	2. Lesung 16.12.2009	angenommen
14/9702	Gemeindefinanzierungsgesetz 2010	LANDESREGIERUNG	s. a. 14/9700	verabschiedet
14/9701	Mittelfristige Finanzplanung 2009 bis 2013 mit Finanzbericht 2010	LANDESREGIERUNG	s. a. 14/9700	zur Kenntnis genommen
14/9700	Haushaltsgesetz 2010	LANDESREGIERUNG	3. Lesung am 17.12.2009	verabschiedet

Ein Gesetzesentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. In der elektronischen Fassung unter www.landtagintern.de finden Sie Links zu ausführlicheren Informationen. Diese werden in der Regel wöchentlich aktualisiert.

Foto: Schälte

Wie die Müllbeseitigung regeln?

Fachleute uneins über neuen Abfallwirtschaftsplan

13. Januar 2010 – Die Abfallentsorgung der nordrhein-westfälischen Privathaushalte soll reformiert werden. Das Landesministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat Anfang Dezember seine Änderungsvorschläge im „Abfallwirtschaftsplan Nordrhein-Westfalen, Teilplan Siedlungsabfälle“ vorgelegt. Danach sollen Städte und Gemeinden zum Beispiel zukünftig nicht mehr an verbindlich zugewiesene Abfallverbrennungsanlagen gebunden sein. Die Neuerungen sollen mit dem deutschen und europäischen Vergaberecht vereinbar sein. Sachverständige der Kommunen und Kreise sowie der Abfallwirtschaft, Gewerkschaft und Wissenschaft nahmen dazu in einer öffentlichen Anhörung des Umweltausschusses (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU) Stellung.

„Wir sollen als Kommunen für zehn Jahre Entsorgungssicherheit sorgen. Wir befürchten, dass das, was wir an Vorgaben im Plan haben, nicht reicht“, stellten Otto Huter vom Städtetag und Dr. Andrea Garrelmann vom Landkreistag Nordrhein-Westfalen fest. Einerseits begrüßten sie, dass Abfälle aus NRW ausschließlich in NRW beseitigt werden sollen („Entsorgungsaufklärung“) und dass Abfallimporte nur im Rahmen freier Kapazitäten zuzulassen seien. Mit Hinweis auf die Gefahr steigender Abfallgebühren wandten sie sich jedoch gegen den Wegfall der bisherigen Zuweisung von Abfallströmen. Auch vor dem Hintergrund „unbestimmter Umschreibungen“ des Prinzips der „Nähe“ traten sie dafür ein, zunächst einmal die fünf bestehenden Abfallwirtschaftspläne in

den landeseinheitlichen Abfallwirtschaftsplan zu übernehmen. Etwaige Änderungen sollten erst nach Umsetzung der EU-Abfallrahmenrichtlinie Ende 2010 vorgenommen werden.

Auch Gerhard Hansmann, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Müllverbrennungsanlagenbetreiber in Nordrhein-Westfalen, äußerte Zweifel, ob das Ziel der Entsorgungsaufklärung der Städte und Gemeinden zum gegenwärtigen Zeitpunkt „rechtssicher“ vollzogen werden könne. Aufgrund mangelnder Auslastung könnten nach den vorliegenden Plänen viele Entsorgungsanlagen zukünftig nicht mehr kostendeckend arbeiten. Daher sah Hansmann – ebenso wie Dr. Jochen Hoffmeister von der Prognos-AG – die Gefahr, dass „die Gebührenschiere weit auseinander geht“. Nicht

zuletzt deshalb sollten seiner Meinung nach die bestehenden Abfallwirtschaftspläne Übergangsweise fortgeschrieben werden.

Ernst-Peter Rahlenbeck, Vorsitzender des Regionalverbandes West im Bundesverband der Deutschen Entsorgungswirtschaft, hingegen glaubte an eine positive Entwicklung sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch für die Abfallwirtschaft, da sich der Markt öffnen werde. „Die Gebührengerechtigkeit wird nicht schwinden, sondern man wird freiwillige Kooperationen finden, die die Bürger entlasten“, pflichtete Prof. Dr. Martin Beckmann, Fachanwalt für Verwaltungsrecht, ihm bei. Der Planentwurf trage nicht nur dem europäischen Abfallrecht, sondern auch der Anlageninfrastruktur und den Abfallmengenprognosen Rechnung.

„Es muss nicht nur gestattet werden, es muss gewährleistet sein, dass die am besten geeignete Anlage genutzt wird“, forderte Patrick Hasenkamp, Vorsitzender der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen des Verbands kommunale Abfallwirtschaft und Stadtreinigung im Verband Kommunaler Unternehmen mit Blick auf das im Abfallwirtschaftsplan formulierte Prinzip der Nähe. Hier sei eine „begriffliche Schärfe“ nötig, fand ebenfalls der Ver.di Landesbezirk NRW, vertreten durch Willy Görtz. Dabei könne eine Ökobilanz bezogen auf den Transport sowie eine Gesamtenergieeffizienz eine maßgebliche Rolle spielen. Die Gewerkschaft befürchtet, das Prinzip der „Kostengünstigkeit“ könne zu Lohndumping und schlechteren Arbeitsbedingungen insbesondere hinsichtlich Sicherheit und Gesundheitsschutz führen.

Unterschiedliche Auffassungen gab es auch bei der Berücksichtigung des Umweltschutzes. Dr. Peter Queitsch, Vertreter des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen versicherte, dass keine unnötigen Entsorgungswege genutzt würden. Außerdem würden in den Müllverbrennungsanlagen die gesetzlichen Umweltstandards derzeit vielfach übertroffen. Dieses Niveau könne aufgrund des Kostendrucks zukünftig nicht mehr gehalten werden, befürchteten Hasenkamp wie auch Garrelmann.

Vor einer Nichtberücksichtigung europarechtlicher Aspekte warnte Rechtsanwalt Christian von der Lühe. So sei es „rechtsfehlerhaft“, die anfallrechtliche Zielsetzung auf die Prinzipien der Nähe und Autarkie zu verkürzen.

Christiane Husmann

+++Meldungen+++

Streit im Rechtsausschuss wegen Verdachts auf Gefangenenmisshandlung

13. Januar 2010 – Hoch her ging es im **Rechtsausschuss** (Vorsitz Dr. Robert Orth, FDP) im Rahmen einer Aktuellen Viertelstunde zum Verdacht einer Gefangenenmisshandlung in der Justizvollzugsanstalt Herford im Sommer 2009, über den kürzlich Medien berichtet hatten. Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU) betonte, Anstaltsleitung und Staatsanwaltschaft hätten direkt Ermittlungen aufgenommen, nachdem Anfang August 2009 das mögliche Opfer von angeblichen Misshandlungen berichtet hatte. Seitens der Ermittlungen innerhalb der Anstalt habe es keinerlei Bestätigung für die Vorwürfe gegeben. Da es sich hier um einen sogenannten Verdachtsfall handle, erklärte die Ministerin, hätte sie das Parlament nicht anlassbezogen, sondern in Kürze im Rahmen ihres jährlichen Berichts über die Vorwürfe, zu denen die staatsanwaltlichen Ermittlungen noch andauerten, aufgeklärt. Abgeordnete der Opposition aus SPD und Grünen sprachen hingegen von einem schweren Vorfall, über den das Parlament – auch in seiner Kontrollfunktion gegenüber der Staatsanwaltschaft – hätte informiert werden müssen. Es stünden Vorwürfe der Vergewaltigung, des Würdens und Beschreibungen von Schmerzensschreien und Angst im Raum. Während SPD und Grüne die nötige Sensibilität der Ministerin angesichts von Vorwürfen, die an den Siegburger Foltermord erinnerten, vermissten, erinnerte der Sprecher der FDP-Fraktion an die Unschuldsvermutung, die während Ermittlungsverfahren gelte. Sprecher der CDU-Fraktion hielten die Diskussion für „künstlich hochgejazzt“ und „Wahlkampfge-töse“.

Schwebebahn: Verkehrsausschuss informiert sich über plötzlichen Stillstand

14. Januar 2010 – Über hundert Jahre, nachdem der kleine Zirkuselefant Tuffi der Wuppertaler Schwebebahn durch seine Werbefahrt darin und seinen angeblichen Sprung aus dem

Gefährt zu Bekanntheit verholfen hatte, steht die Bahn seit gut einem Monat still. Bei einer Überprüfung war herausgekommen, dass Risse in manchen Gerüstteilen ein erhebliches Sicherheitsrisiko darstellen könnten. Die technische Erneuerung des Schwebebahngerüsts habe 2003 begonnen, sei nicht so zügig wie geplant verlaufen und solle eigentlich bis 2012 abgeschlossen sein, erklärte ein Vertreter des Verkehrsministeriums dem **Ausschuss für Bauen**

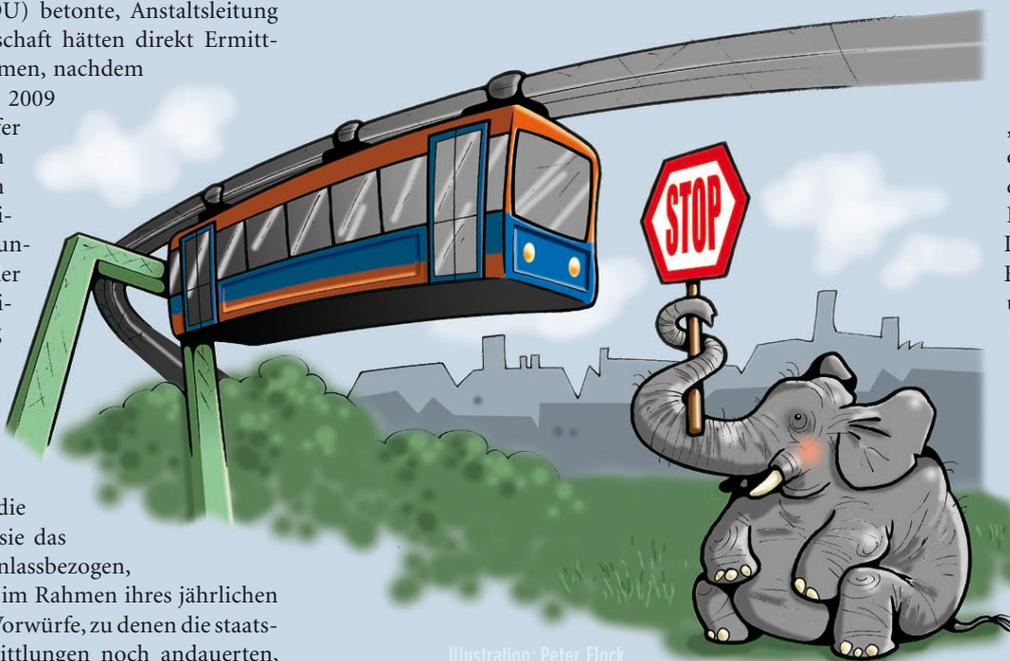


Illustration: Peter Flock

und Verkehr (Vorsitz Wolfgang Röken, SPD). Von 468 Stützen seien 441 bereits erneuert worden. Zu dem Stillstand hätten nun Sicherheitsmängel an den verbleibenden 27 Stützen geführt, die zwar ohnehin erneuert worden wären, sich aber an einem solch neuralgischen Punkt befänden, dass sofort hätte gehandelt werden müssen, erläuterte er der Opposition auf Nachfrage. Insgesamt 239,5 Millionen Euro habe das Land Nordrhein-Westfalen seit 1995 für die Wuppertaler Schwebebahn ausgegeben, beantwortete ein Ministeriumsvertreter eine Frage der Opposition. Betrieben werde sie jedoch nicht vom Land, sondern von den Wuppertaler Stadtwerken.

Hauptausschuss lädt Jugend-Landtags-Gruppe zur Nachbesprechung der Beschlüsse ein

14. Januar 2010 – 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Jugend-Landtags 2009 kamen auf Einladung des **Hauptausschusses** (Vorsitz Werner

Jostmeier, CDU) ein zweites Mal in den Landtag, um unter Beteiligung von Mitgliedern des Schulausschusses und der Enquetekommission III über die Ergebnisse des Jugend-Landtages zu diskutieren. Die gegenseitigen Nachfragen und Antworten der „echten“ Abgeordneten an die Jugend-Abgeordneten beschränkten sich dabei nicht auf die Themen des Hauptausschusses (wie z.B. Gewaltprävention und Medienkompe-

tenz), sondern erstreckten sich auch auf den Schulbereich (Bewertung von Lehrkräften, Nutzen und Gefahren von Seiten wie ‚Spick-mich‘, Stärkung der Leistungsbezüge in der Lehrervergütung). Die Abgeordneten des Landtags begrüßten das Engagement der Jugend und regten einen gemeinsamen Antrag zu einem Jugend-Landtags-Beschluss früh in der kommenden 15. Wahlperiode an. Alle Beteiligten zeigten sich sehr zufrieden mit der deutlichen Würdigung des Jugend-Landtags 2009 durch diese öffentliche Nachbesprechung im Hauptausschuss.

Krankstände bei der Polizei: Gewerkschaften fordern Abhilfe

14. Januar 2010 – Rund 20 Prozent der Polizeibeamten in Nordrhein-Westfalen seien länger als sechs Wochen im Jahr arbeitsunfähig, so die Antwort des Innenministeriums auf eine parlamentarische Anfrage seitens der Grünen-Fraktion. Diese fordert nun Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) in einem Antrag (Drs. 14/9757) auf, weitere Daten zu den Krankständen zu erheben und entsprechende Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Wie die Gesundheit der Polizistinnen und Polizisten besser gewährleistet werden könne, erörterte der **Innenausschuss** (Vorsitz Winfried Schittges, CDU) in einem Sachverständigengespräch. Polizeigewerkschaften und Interessenvertretungen forderten gemeinsam ein umfassendes und einheitliches Gesundheitsmanagement für die nordrhein-westfälische Polizei. Einheitliche Dienstvereinbarungen seien notwendig, so der Tenor des Gesprächs.

Öffentliche Anhörung
im
Ausschuss für Generationen, Familie und Integration
"Frühe Bildung für alle"
Drucksache 14/8880
am 14. Januar 2010
- Tableau -

Stand: 14.01.2010

Bildung soll früher ansetzen

Anhörung über UN-Konvention und Kinderbildungsgesetz

14. Januar 2010 – Mit der Umsetzung einer UN-Konvention hat sich Deutschland verpflichtet, die Integration von Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten, insbesondere durch ein Bildungssystem auf allen Ebenen. In NRW zielt das sogenannte Kinderbildungsgesetz in diese Richtung. Es schreibt vor, dass keinem Kind aufgrund einer Behinderung die Aufnahme in eine Kindertageseinrichtung verweigert werden darf. Laut SPD kommt die Bildung in diesem Gesetz jedoch zu kurz. In einem Antrag „Frühe Bildung für alle“ (Drs. 14/8880) fordert sie daher eine Überarbeitung des Kinderbildungsgesetzes, insbesondere in Bezug auf finanzielle Pauschalen und Betreuungspersonal für Kinder mit Behinderungen. Dazu äußerten sich Sachverständige im Ausschuss für Generationen, Familie und Integration (Vorsitz Andrea Milz, CDU).

In der Anhörung stieß das Kinderbildungsgesetz bei den Fachleuten grundsätzlich auf Zustimmung. Die gesetzliche Verankerung auf einen Betreuungsplatz entspreche dem Wunsch der Eltern. Außerdem sichere es die Finanzierung ab, sagte Christian Schumacher, Abteilungsleiter Behindertenhilfe beim Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln e. V. Auch Georg Ehrmann (Vorstandsvorsitzender Deutsche Kinderhilfe) sah im Kinderbildungsgesetz Verbesserungen zur vorherigen Lage. Und Prof. Dr. Rainer Strätz vom Sozialpädagogischen Institut der Fachhochschule Köln fügte an, dass es die lange Tradition der Integration im Elementarbereich, die in NRW bereits seit den 80er-Jahren betrieben werden, beständige.

Trotz allem mahnten die Sachverständigen noch einigen Handlungsbedarf an: Einig waren sich alle darin, dass die Schnittstellen zwischen Frühförderung und Kindertagesstätte und insbesondere von dort zu den Grundschulen dringend verbessert werden müssten. „Der Übergang zur Schule macht alle Integrationsleistungen zunichte“, warnte Ehrmann. „Das Schulsystem ist umzugestalten, um auch nachher eine Ausbildung zu gewährleisten“, betonte Schumacher. Bei der Empfehlung für die Schule sollte therapeutischer und ärztlicher Rat mit einbezogen werden, der Schulübergang sollte im Kinderbildungsgesetz verankert werden.

Dies entspreche dann auch dem Bildungsauftrag der UN-Konvention.

PAUSCHALEN

Hinsichtlich der Pauschalen waren die Sachverständigen geteilter Meinung: Dr. Carola Schneider vom Landschaftsverband Rheinland hob hervor, dass der pädagogische Mehraufwand bei der Betreuung von Kindern mit Behinderungen dadurch getragen werde. Bianca Weber (Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände des Landes NRW) befürwortete die Pauschalen, weil sie verwaltungstechnisch leicht zu handhaben seien. Ob sie letztendlich reichten, könne man zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht sagen. Andere waren sich in diesem Punkt schon sicher: „Die Mittel reichen nicht aus“, sagte Schumacher und ergänzte: „Die Träger müssen notwendige bauliche Veränderungen teilweise mit eigenen Mitteln finanzieren.“ Hier müsse nachgebessert werden. Beispielsweise werde bei der Berechnung der Pauschalen auch nicht dahingehend unterschieden, ob es sich um ein schwerst mehrfachbehindertes Kind oder um eines mit Verhaltensauffälligkeiten handele. Teilweise würden Behinderungen auch erst im Lauf der Zeit sichtbar. Durch den Stichtag 15. März müssten viele Kinder aber auf

Extra-Betreuungen verzichten, da die Pauschalen nicht kurzfristig geändert werden könnten, merkte Marita Haude (Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes NRW) an.

Probleme stellten die Fachleute auch bei Betreuung und Räumlichkeiten fest: „Das Kinderbildungsgesetz ist gut, aber man braucht auch Personal und Ausstattungen in den Einrichtungen“, sagte Ehrmann. Ein Modellversuch des Landschaftsverbandes zeige stetig steigenden Betreuungsbedarf. Aufgrund einer besseren Diagnostik und einer größeren Offenheit in der Gesellschaft in Bezug auf Behinderungen träten mehr Eltern von Kindern mit Behinderungen an Kindertageseinrichtungen heran. Dieser Änderung müsse mit mehr qualifiziertem Personal begegnet werden. Daher sollte zügig in eine Qualifizierungsoffensive und in Therapieräume investiert werden. Dabei sei aber die Frage zu klären, ob man alle Einrichtungen umwandle oder ob beispielsweise zwischen städtischen und ländlichen Einrichtungen unterschieden werde. In ländlichen Gegenden würden für Kinder mit Behinderungen ausgebildete Erzieher seltener benötigt als in der Stadt, sagte Prof. Dr. Maria Kron von der Universität Siegen. Wichtig sei aber auf jeden Fall die wohnortnahe Unterbringung der Kinder.

Saskia Gelleszun

Motorische Tests an Grundschulen einführen – Nachwuchsförderung im Sport stärken



DIE LANDTAGSFRAKTION

Trotz großartiger Erfolge und vorderer Plätze in der Nationenwertung hat sich die Zahl der von deutschen Athleten errungenen Medaillen bei olympischen Sommerspielen in den vergangenen 15 Jahren halbiert. Dieser Entwicklung möchte die CDU-Landtagsfraktion entgegenwirken. Für einen zukunftsorientierten und humanen Spitzensport in Nordrhein-Westfalen sind eine zielgerichtete Talentsichtung, die umsichtige Förderung von Talenten und das behutsame Heranführen von Talenten an den Spitzensport die Grundvoraussetzungen. Die von der schwarz-gelben Landesregierung geschaffenen fünf neuen Sportschulen in Nordrhein-Westfalen sind ein wichtiger Meilenstein auf diesem Weg.

„Wir setzen unseren Schwerpunkt bei der Früherkennung von Sporttalenten“, erklärt der sportpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Holger Müller (Foto). Die CDU-Fraktion empfiehlt den Kommunen daher die flächendeckende Einführung von motorischen Tests in

den Klassen 2 und 4 der Grundschule. „Ziel muss es sein, Kinder in größerer Zahl zu einem gesunden und sportlich aktiven Lebensstil anzuleiten“, so Müller weiter.

Der Test eigne sich sowohl zur Messung des aktuellen Leistungsstandes als auch zur Beschreibung von Leistungsveränderungen von der 2. zur 4. Klasse. Der Test erfasse die Dimensionen der Motorik, also Ausdauer, Kraft, Schnelligkeit, Koordination und Beweglichkeit, sowie die allgemeine Konstitution der Kinder. Auch besonders bewegungsarme oder -eingeschränkte Kinder könnten so ermittelt und im Interesse ihrer weiteren gesundheitlichen Entwicklung an ergänzende Sportangebote herangeführt werden.

Müller: „Darauf aufbauend werden wir die individuelle Förderung stärken. Jede Unterstützung hat sich an den Möglichkeiten und Bedürfnissen des einzelnen Sportlers auszurichten, um



den zunehmenden Anforderungen im Nachwuchssport Rechnung zu tragen.“ Zudem müssten gezielt Maßnahmen zur Förderung in den Schulen und Vereinen empfohlen und durchgeführt werden.

„Die CDU-Landtagsfraktion bekennt sich klar zum Leistungsgedanken: Besonders herausragende Sportlerinnen und Sportler müssen auf ihrem Weg an die Spitze individuell gefördert werden. Das setzt eine breit angelegte Früherkennung voraus, damit uns Sporttalente nicht durch die Lappen gehen“, betont der CDU-Sportexperte.

In den nächsten Monaten werde die CDU-Landtagsfraktion mit den zuständigen Ministerien sowie allen handelnden Personen und Verbänden Kontakt aufnehmen, um ein gutes Handlungskonzept zur flächendeckenden Einführung der motorischen Tests zu erarbeiten. ■

FDP-Fraktion: Lehrerarbeitszeit gerecht und flexibel gestalten



Die FDP-Landtagsfraktion setzt sich für ein modernes, gerechtes und flexibles Modell der Lehrerarbeitszeit ein, das die veränderten Anforderungen an den Lehrerberuf berücksichtigt. Um sich mit Betroffenen und Fachleuten auszutauschen, hatte die Fraktion zum „Praxisdialog Schule“ geladen. „Bei der Arbeitszeit von Lehrern müssen die vielfältigen Aufgaben,

aufwendige Korrekturen und Unterrichtsvorbereitungen berücksichtigt werden“, sagte Ingrid Pieper-von Heiden, bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion. Rund 100 Schulleiter, Lehrer und Vertreter der Lehrerverbände waren der Einladung gefolgt. Unter dem Titel „Lehrerarbeitszeit gerecht und flexibel gestalten“ diskutierten Politiker und Gäste über unterschiedliche Ansätze zur Gestaltung der Lehrerarbeitszeit und Erfahrungen mit dem Mindener Modell. Beim Mindener Modell erhält jeder Lehrer ein Arbeitszeitkonto, auf dem genau aufgelistet wird, wer welche Aufgaben übernimmt und mit welchen Zeitanteilen sie verrechnet werden. „Dadurch soll die Arbeit auf viele Schultern verteilt werden und der Ausgleich zwischen korrekturaufwendigen und weniger aufwendigen Fächern gelingen“, erklärte Ingrid Pieper-von Heiden. Seit

mehreren Jahren wird dieses Modell in Minden erprobt und wissenschaftlich begleitet. Lehrer und Schulleiter aus Minden zogen eine positive Zwischenbilanz: Das Modell habe sich durchweg als praxistauglich erwiesen. „Die Ergebnisse des Mindener Modellversuchs sind vielversprechend und zukunftsweisend. Es ist an der Zeit, über eine flächendeckende Ausweitung dieses Modells zu diskutieren“, sagte Pieper-von Heiden. Eine gerechte und transparente Lehrerarbeitszeitregelung habe für die Liberalen hohe Priorität. In einer vielseitigen und lebhaften Diskussion wurden Fragen nach der Entlastung von Lehrern mit Mehraufwand, der Umsetzbarkeit des Modells an kleineren Schulen oder gesundheitlichen Auswirkungen debattiert. Insbesondere Lehrer mit hohem Korrekturaufwand sowie die Vertreter des Korrekturfachlehrerverbands unterstrichen die Dringlichkeit einer gerechten und flexiblen Arbeitszeitregelung, die sich an dem Mindener Modell orientieren müsse. ■



Von links: Christoph Gralla, Pieper-von Heiden, Michael Paul, Melanie Schreiber, Heinfried Wesemann und Dr. Johannes König.

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

SPD erinnert mit Fotoausstellung an Johannes Rau



Die Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Hannelore Kraft, eröffnete am 14. Januar 2010 die Fotoausstellung „Johannes Rau – Das Leben menschlicher machen“ im Düsseldorfer Landtag. Gemeinsam mit Christina Rau, der Ehefrau des ehemaligen nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten, Bundespräsidenten und Sozialdemokraten schaute sich die Fraktionschefin die



Johannes Rau, an Erlebnisse mit ihm, an besonders beeindruckende Reden. Erinnerungen an seine Politik, mit der er Nordrhein-Westfalen geprägt hat wie kein anderer. Erinnerungen an die soziale und menschliche Wärme, mit der er dieses Land regiert hat“, sagte Kraft zu den rund 600 Gästen, die zu der Eröffnung gekommen waren.

Neben der SPD-Landtagsfraktion sind die Friedrich-Ebert-Stiftung und der Freundeskreis Willy-Brandt-Haus Mitveranstalter der Schau, die noch

bis zum 19. Februar 2010 nach telefonischer Voranmeldung montags bis freitags zwischen 9 Uhr und 17 Uhr besucht werden kann.

Anmeldungen über:
Brigitte Schumacher
SPD-Landtagsfraktion
Telefon 0211 884-2035
brigitte.schumacher@landtag.nrw.de

umfangreiche Fotoschau mit Bildern verschiedener Fotografen an, die neben den vielen politischen Stationen auch den Privatmenschen Johannes Rau zeigen. „Beim Rundgang durch die Ausstellung, beim Betrachten der Fotos werden bei vielen von uns ganz persönliche Erinnerungen wach: Erinnerungen an Begegnungen mit



Für eine andere Energiepolitik



Das Thema Kohle beschäftigt den Landtag von Nordrhein-Westfalen seit Jahrzehnten – im unmittelbaren und im übertragenen Sinne. Dabei geht es meist um die Diskussion darüber, wie die Haushaltsmittel verwendet werden sollen, aktuell tritt aber wieder Kohle als Energieträger in den Fokus. Allen Klimaschutzziele zum Trotz fördert die schwarz-gelbe Landesregierung den Bau weiterer Kohlekraftwerke in NRW, so wie derzeit in Datteln.

Nun kippte im September 2009 das Oberwaltungsgericht Münster die Genehmigung für das bereits im Bau befindliche Kohlekraftwerk aufgrund gravierender Verfahrensfehler wie etwa der Wahl des Standortes und der Unterschreitung der Mindestabstände zu Wohnsiedlungen. So waren wichtige Fragestellungen zum Schutz von Anwohnerinnen und Anwohnern und der Natur außer Acht gelassen worden. Doch statt diese Situation zu nutzen

und sich von der überkommenen Energiepolitik zu distanzieren, statt im Sinne des Klimas umzusteuern, setzen sich FDP und CDU für die Anfechtung des Gerichtsurteils und die Fertigstellung des Kraftwerkbaus ein. Dabei müssen wir, um die Klimaschutzziele für die Industrieländer (Reduzierung um 80 Prozent bis 2050) zu erreichen, in allen wesentlichen Bereichen in

den nächsten 40 Jahren auf emissionsfreie Alternativen umsteigen. Betroffen sind insbesondere die drei großen Bereiche Strom, Gebäude und Verkehr. Dies ist revolutionär, aber große Aufgaben erfordern umfassende Maßnahmen. Und dass das Zeitalter der Großkraftwerke vorbei ist, zeigt auch die Entwicklung an der Leipziger Strombörse (www.eex.de), an der der Strompreis in den vergangenen Monaten bereits mehrfach „unter null“ sank.

Der grüne Bundesvorstand, der seine Jahresauftaktklausur in Düsseldorf abhielt, beteiligte sich an der Aktion gegen die Energiepolitik der Landesregierung vor dem Amtssitz des Ministerpräsidenten – ebenso wie die Fraktionschefin Sylvia Löhrmann, die beiden Landesvorsitzenden Daniela Schneckenburger und Arndt Klocke sowie Fraktionsvize Reiner Priggen.



Kumpel und Kohle

Neuer Band der Schriftenreihe über den Ruhrbergbau

Wie ein flaches Stück Kohle liegt er in der Hand, Band 19 der Schriftenreihe des Landtags. „Kumpel und Kohle“ lautet der Titel. Kohle – das ist zuerst die Steinkohle, das sind aber auch jene 127 Milliarden Euro, mit der die öffentliche Hand den Bergbau subventioniert hat. In dem Buch geht es jedoch nicht nur um Geld. Den fünf Autoren ist als Verdienst anzurechnen, dass auch die Leistungen der Bergleute gewürdigt werden. Sie schildern die wichtige Rolle, die der Steinkohlenbergbau bei der Wiederaufnahme Deutschlands in die Völkerfamilie gespielt hat. Sie zeigen Politiker, die helfen wollen und feststellen müssen, dass sie den Niedergang einer ganzen Branche nicht verhindern können.

AUFBAU

„Europa wuchs an Rhein und Ruhr“, lautet das erste Kapitel des Bands. Das Ruhrgebiet mit seinen Grund- und Schlüsselindustrien sollte, so formulierte der damalige NRW-Ministerpräsident Karl Arnold (CDU), „durch enge Verflechtung mit den kommunizierenden Industrien der Nachbarländer, insbesondere Frankreichs, Belgiens und Luxemburgs, zum Kernstück einer europäischen Aufbauzentrale“ gemacht werden. Konkret wurde die Vorstellung im Plan des französischen Außenministers Robert Schuman, der die Gründung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vorschlug und mit seinen Vorstellungen einer Montanunion Unterstützung beim damaligen deutschen Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) fand.

ANPASSUNG

Der Bergbau steigerte Jahr für Jahr seine Förderleistung. 1958 war Höhepunkt und Krisenjahr zugleich. Der billigen amerikanischen Importkohle und der Konkurrenz des Erdöls versuchte man mit Importbeschränkungen und der Heizölsteuer beizukommen. Letztlich vergeblich, die Fördermenge wurde im Lauf der Jahre in zahlreichen Kohlerunden und Kohlekompromissen

kontinuierlich reduziert, die Zahl der Beschäftigten zurückgeführt. Der Politik in Bonn und Düsseldorf und den anderen Akteuren gelang es, aus dem Sturzflug der Kohle einen Sinkflug werden zu lassen. Zahlen verdeutlichen das: 1960 förderten fast eine halbe Million Kumpel 142 Millionen Tonnen Steinkohle, 2006 verringerte sich die Fördermenge auf knapp 21 Millionen Tonnen, die Zahl der Bergleute hatte sich auf 35.000 verkleinert. Aus 146 Bergwerken (1960) waren ganze acht geworden. Das ging ohne betriebsbedingte Kündigungen, nicht aber ohne den Protest der Bergleute vor sich. Die Politik suchte nach Auswegen aus den wiederkehrenden Krisen. Die Antwort lautete: Strukturwandel, aber wie?

ALTERNATIVEN

Öffentliche Mittel zur Stützung einer Wirtschaftsbranche, den Bergbau, einzusetzen, erschien im Lauf der Jahre immer weniger Erfolg versprechend. Heruntersubventionierung der deutschen Steinkohle auf den Weltmarktpreis, Verträge zur Abnahme von Koks mit den Hüttenwerken oder der Kohlepennig (um ein paar der Instrumentarien zu nennen) – das war nur Reagieren, Reparieren. Von gestaltender Politik konnte keine Rede sein. Das Ruhrgebiet musste Wege finden, um sich – nicht zuletzt auch mit eigener Kraft – aus der Klammer der

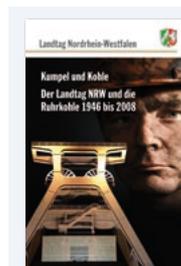
dominierenden Montanindustrie zu lösen. Die Landespolitik veranstaltete Konferenzen und erarbeitete Programme und legte sie den Beteiligten vor. Später wurde diese „Planung von oben“ immer stärker durch Einbeziehung des lokalen und regionalen Sachverständs erweitert und in der Akzeptanz gesteigert.

AUSLAUFEN

62 Jahre Ruhrkohle, diese Bilanz erscheint nach dem historischen Ausstiegsbeschluss, drei Jahre vor dem Datum, das die vereinbarte Revisionsklausel setzt und knapp zehn Jahre vor dem verabredeten Ende des staatlich subventionierten Steinkohlenbergbaus. Die Autoren zeichnen das Auf und Ab des Bergbaus, den Weg zur Erosion der gesellschaftlichen und politischen Unterstützung nach. Sie zeigen, wie nicht zuletzt in Zeiten knapper werdender Mittel jahrelang unumstrittene Subventionen allmählich zu Lasten, zu Fortschrittschmähnissen umgemünzt werden, die den fälligen Strukturwandel nicht befördern, sondern behindern. Das alles kann man sehr detailliert und anschaulich in diesem Band nachlesen und im über 100-seitigen Dokumentationsanhang nachvollziehen.

ABSCHLUSS

In all den Jahren war der Landtag der zentrale Ort der kohlepolitischen Auseinandersetzung. Es habe zahllose Debatten über die Situation der heimischen Steinkohle und über den notwendigen Wandel der Revierstruktur gegeben, erklärt die Herausgeberin der Schriftenreihe, Landtagspräsidentin Regina van Dinker, in ihrem Vorwort: „Bei aller Debattierlust, bei der Freude an politischer Zuspitzung, an der Attacke auf den politischen Konkurrenten ist es unübersehbar und unüberhörbar, dass diesen Auseinandersetzungen ein hohes Maß an Verantwortung innewohnt“. Die Publikation würdige den hohen Rang der Steinkohle für Nordrhein-Westfalen. Jürgen Knepper



Kumpel und Kohle. Der Landtag NRW und die Ruhrkohle 1946 bis 2008. Mit Beiträgen von Prof. Dr. Michael Farrenkopf, Kristian Frigelj M.A., Prof. Dr. Stefan Goch, Prof. Dr. Hein Hoebink, Prof. Dr. Christoph Nonn und einem Vorwort von Landtagspräsidentin Regina van Dinker. Band 19 der Schriftenreihe des Landtags Nordrhein-Westfalen, 2009.

Dieses Buch ist gegen eine Schutzgebühr von 5,- Euro zu beziehen über das Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Tel.: (0211) 884 2850, E-Mail: hans.zinnkann@landtag.nrw.de

Porträt: Reiner Priggen (Grüne)



Wenn Reiner Priggen im Plenarsaal des Landtags am Rednerpult steht, dann hören selbst diejenigen auf der Regierungsbank zu, die ansonsten bei Redebeiträgen von Vertretern der Opposition demonstrativ ihr Desinteresse zur Schau stellen, Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) zum Beispiel, oder seine Wirtschaftsministerin und Parteifreundin Christa Thoben. Denn bei dem 56-jährigen Maschinenbau-Ingenieur, der aus Westfalen stammt und jetzt in Aachen lebt, hat jeder den Eindruck, dass Priggen weiß, worüber er redet, dass er von der Materie etwas versteht. Sein zentrales Anliegen ist eine neue Energiepolitik, der weitestgehende Verzicht auf die umweltschädliche Verbrennung von fossilen Energieträgern wie Steinkohle, Braunkohle und Öl und die intelligente Nutzung von regenerativen Energien wie Wind, Sonne und Wasser. Den alten grünen Leitspruch „Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt“ gibt Priggen unverändert als sein politisches Motto an. Er will mit dazu beitragen, dass auch seine Kinder, Enkel und deren Nachkommen auf einer Erde leben mit sauberem Wasser, unverseuchten Böden und reiner Luft.

Zu den Grünen ist Priggen 1984 eher durch Zufall gestoßen. Er lebte damals im ostwestfälisch-lippischen Kalletal und arbeitete als Ingenieur, als ein Elektriker aus einem Nachbardorf ihn ansprach, ob er nicht bei der Gründung eines Kreisverbands der Grünen mitmachen wolle. Priggen wollte, denn die SPD, für die er sich auch interessiert hatte, regierte damals den Kreis mit absoluter Mehrheit und trat für sein Gefühl zu „machtbewusst-arrogant“ auf. Und für die örtliche CDU waren die Grünen, zu deren Kreistagsfraktion Priggen schon bald gehörte, nichts anderes als der „parlamentarische Arm der Roten-Armee-Fraktion“, erinnert er sich heute grinsend. Einfach hatte es der eher nüchtern und pragmatisch denkende Priggen bei den Grünen aber auch nicht. Die junge Partei wurde von wilden Flügelkämpfen zerrissen,

Fundis gegen Realos, lautete die oberste Devise, „das waren keine Flügel, das waren Konfessionen“, sagt Priggen heute, und damit waren es auch keine politischen Auseinandersetzungen, sondern Glaubenskriege.

Priggen hielt sich aus dem Lagerdenken weitgehend raus, gleichgesinnte Gesprächspartner fand er in Antje Vollmer, später Vizepräsidentin des Bundestags, Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, ehemaliger Europaabgeordneter, oder Reinhard Loske, ehemaliger Staatssekretär. Im Landesverband NRW, den er von 1994 bis 2000 zusammen mit Barbara Steffens, heute ebenfalls Landtagsabgeordnete, in der bei den Grünen üblichen Doppelspitze führte, fühlte er sich dabei einigermaßen zu Hause. „In NRW gab es eine lange Tradition, den Laden zusammenzuhalten.“ In der politischen Arbeit in Düsseldorf lernte Priggen auch seine Frau Gisela Nacken kennen, Landtagsabgeordnete von 1990 bis 1999, davon die letzten fünf als Fraktionsvorsitzende.

Priggen stand an der Parteispitze, als die NRW-Grünen ihren bislang größten politischen Erfolg feiern konnten: den Erfolg bei der Landtagswahl 1995, bei der sie ihr Ergebnis von fünf auf zehn Prozent verdoppeln konnten und der ihnen nach überaus schwierigen Koalitionsverhandlungen mit der SPD erstmalig die Beteiligung an der Regierung in Düsseldorf einbrachte. Dass sie mitregieren wollten, stand für die Grünen damals außerhalb der Debatte. Schließlich ging es ja auch darum, mit der Wucht des Wahlsiegs in Düsseldorf die ungeliebte Regierung von Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) in Bonn zu stürzen, was drei Jahre später tatsächlich gelang.

Noch heute ist Priggen überzeugt, dass der inhaltliche Preis, den die Grünen damals zahlen mussten, nicht zu hoch war. „Wir haben damals die Weichen gestellt, dass NRW das Thema Umweltwirtschaft, ökologische Produktionsverfahren als Zukunftsthema erkannt hat.“ Verzweifeln kann er heute noch, wenn er erleben muss, dass die „Mächte der Finsternis“, wie er die Energieriesen RWE und EON spöttisch tituliert, sich immer wieder bei den regierenden Politikern durchsetzen, egal, welches Parteibuch sie haben, und damit Chancen für eine umweltverträgliche Energieversorgung verpasst werden. Auf der anderen Seite freut er sich umso mehr, wenn zu einer Veranstaltung der Grünen zum Thema Kraft/Wärme-Kopplung, seinem ganz besonderen Steckenpferd, über 250 Leute kommen und die meisten von ihnen nicht das grüne Parteibuch haben.

Für Hobbys bleibt Priggen, der in Aachen auch kommunalpolitisch engagiert ist, keine Zeit. Dafür freut er sich immer wieder auf den Urlaub mit Frau, den beiden mittlerweile 16 und 18 Jahre alten Kindern und vielen Freunden in einem kleinen Dorf in Schweden. *Peter Jansen*

Neu: Landtags-Memo-Spiel

Seit 20 Jahren gibt es den Neubau des Parlamentsgebäudes am Düsseldorfer Rheinufer. Damit Interessierte das Gebäude noch besser kennen lernen, hat der Landtag jetzt ein Memo-Spiel herausgebracht. Auf den 48 Memo Karten sind eindrucksvolle Landtags-Bilder zu entdecken: Die runde Stahlskulptur des Künstlers Dani Karavan auf dem Vorplatz ebenso wie das „Goldene“ Gästebuch des Landtags; Blicke von der Terrasse mit Rheinkniebrücke im Hintergrund und in die Fraktionssitzungssäle; die Gesamtsicht vom Fernmeldeturm aus gesehen und Details wie die Glocke, die im Plenum immer griffbereit ist. Ziel des Spiels ist es, die meisten Karten-Zwillingspaare zu gewinnen.

Die farbigen Bildkarten können im Landtag gekauft oder per E-Mail bestellt werden (Preis: 2,50 Euro). Ab einem Bestellwert von 5 Euro erfolgt der Versand kostenfrei.

Das Spiel ist nach einem Quizfächer mit Fragen über den Landtag bereits die zweite Kooperation mit dem Verlag Ravensburger. Der Quizfächer kann kostenfrei bestellt werden.

Infos: Sachbereich Jugend & Parlament, dorothea.dietsch@landtag.nrw.de



Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina von Dinther, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur), Sonja Wand (sow, Redakteurin), Bernd Schälte (bs, Fotoredaktion)

Redaktionelle Mitarbeit: Doro Dietsch (dd), Sebastian Wuwer (sw) Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2304 (sow), 884-2309 (bs), 884-2450 (dd) und 884-2137 (sw) Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Johannes Remmel MdL (Grüne), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin; Rudolf Schumacher (Grüne), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Geburtstage

Vom 16. Dezember 2009 bis 19. Januar 2010

23.1. Hendricks, Renate Maria (SPD)	58
24.1. Steffens, Barbara (Grüne)	48
24.1. Jörg, Wolfgang (SPD)	47
28.1. Schultheis, Karl (SPD)	57
28.1. Unruhe, Jürgen (SPD)	40
31.1. Tillmann, Angela (SPD)	53

Ehemalige Abgeordnete – besondere Geburtstage ab 70

22.1. Ostrop, Heinrich (CDU)	85
24.1. Jülich, Urban-Josef (CDU)	70
25.1. Toetemeyer, Hans-Günther (SPD)	80
27.1. Daners, Peter (CDU)	75
28.1. Dr. Biedenkopf, Kurt Hans (CDU)	80
31.1. Dr. Türk, Hubert (CDU)	85
1.2. Backes, Hanns (CDU)	85

Trauer um Dr. Diether Posser

Im Alter von 87 Jahren starb am 9. Januar 2010 nach längerer schwerer Krankheit Dr. Diether Posser. Der gebürtige Essener gehörte zwischen 1968 und 1988 der Landesregierung unter anderem als Finanzminister wie auch als stellvertretender Ministerpräsident an. Landtagspräsidentin Regina van Dinkerster würdigte Posser als aufrichtigen Demokraten, der sich stets für das Wohl der Menschen in Nordrhein-Westfalen eingesetzt habe.

Termine

21.1.2010 **Veranstaltung zur spanischen EU-Ratspräsidentschaft** gemeinsam mit der Landesregierung. Der Botschafter Spaniens in Deutschland stellt die Themen der EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2010 vor.

2.2.2010 **Nährischer Landtag** mit Prinzenempfang

6.2.2010 **Elternkongress 2010** gemeinsam mit der Integrationsbeauftragten der Landesregierung NRW sowie den Ministerien für Generationen, Familie, Frauen und Integration bzw. Schule und Weiterbildung. Thema ist die Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte. Anmeldung über das Integrationsministerium erforderlich.

Nächste Ausgabe von **Landtag Intern**: 3. Februar 2010

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden ein: am 21. Januar 2010 um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück, um 9 Uhr zur Landtagsandacht im Raum E3 Z03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Foto: Schälte

Breites Informationsangebot in der Bibliothek

80 000 Bücher, 350 Zeitschriften und Amtsblätter, darüber hinaus Tageszeitungen und aktuelle Wochenmagazine: Die Bibliothek des Landtags bietet Informationen, sei es in gedruckter, sei es in digitaler Form. Und neben Recherchemöglichkeiten auch ein besonderes Ambiente: einen wunderbaren Ausblick auf den Rhein und Oberkassel auf der anderen Rheinseite. Direkt über dem runden Lesesaal liegt der Plenarsaal. Sinnbildlich bildet die Bibliothek also das Informationsfundament des Parlaments.

Der inhaltliche Schwerpunkt des Bestandes bezieht sich auf das breite Themenfeld des Parlaments. Alle Politikbereiche, die die Landespolitik betreffen, sind vertreten. Der Online-Katalog, der übrigens auch über die Homepage des Landtags aufrufbar ist, bietet den Kundinnen und Kunden einen schnellen Überblick über die verfügbare Literatur. Für Externe stehen die Bestände nur vor Ort, also nicht zur Ausleihe zur Verfügung. Aber Recherche-PCs und Kopiermöglichkeiten erlauben auch ihnen eine effektive Nutzung des Informationspools.

Das Angebot der Bibliothek beschränkt sich im Intranet nicht nur auf gedruckte Quellen. Den Abgeordneten, ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie denen der Landtagsverwaltung und Fraktionen stellt sie elektronisch veröffentlichte Publikationen, zum Beispiel wichtige Nachschlagewerke und vor allem juristische Informationsportale zur Verfügung.

Die Bibliothek ist telefonisch erreichbar über die Infothek, das ist der zentrale Auskunftspunkt des Referats Informationsdienste, unter der Nummer (0211) 884 2112 oder per E-Mail: bibliothek@landtag.nrw.de

Ilke Redweik